

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

150 (30.6.1932)

# Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MTTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gezeichnete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 20 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Zeichens keine geschäftliche Beziehung und bei Kontoren außer Kraft tritt o. Geschäftsveränderung o. Geschäftsveränderung 1.2. o. Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, jährlich 21,84 Dfl. Trägerlos o. ohne Zustellung 1,90 Mark o. Durch die Post 2,36 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Einzelverkauf wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellung 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle Badenweiler Karlsruhe 1.2. Wählstraße 29 o. Fernruf 2020/2021 o. Postfach-Büro Karlsruhe, Hauptstr. 6. Baden, Hauptstr. 12. Rastatt, Rastatt. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Numer 150

Karlsruhe, Donnerstag, den 30. Juni 1932

52. Jahrgang

## Verordnungen der Hitlerbarone

Nunmehr können die Hitlerhorden Bürgerkrieg üben

### Zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

(1) Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

1. Allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile.

2. In Übrigen nur im Einzelfalle.

3. Die allgemeine Verbotserklärung tritt außer Kraft.

(2) Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten außer Kraft.

(3) Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Abs. 1 Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Wenderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Verordnungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3.

Plakate, Flugblätter und Flugchriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angezettelt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts Anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 4.

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

### Verordnung

#### über Versammlungen und Aufzüge

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I Seite 297) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

1. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

2. Sie können im Einzelfalle verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

3. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung abichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

4. Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten Feste von Hochseitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Wittgänge und Wallfahrten.

5. Eine Anordnung nach Abs. 2, 3 kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden.

§ 2.

(1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. Wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in abweichender Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt.

2. Wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

§ 3.

Mit Geldstrafe bis zu 150 RM. wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1 Abs. 3) nicht sofort entfernt.

Die neue Verordnung erinnert lebhaft an den Auspruch eines Generalfeldmarschalls über die Zustände im Großen Hauptquartier des Oktober 1918: „Order — Kontre-Order — Desorder!“

Es sind kaum zweieinhalb Monate vergangen, seit der Reichspräsident auf Grund von bergehohem Material und auf Drängen der Regierungen der Einzelstaaten nicht nur das Uniformtragen der SA, sondern die gesamte Privatarmee des Herrn Hitler im Interesse der Ruhe und Ordnung verboten hat. Die das Wort begründende und ausführende Regierung Brünning wurde inzwischen gestürzt. Die Freude in

den braunen Häusern war darauf grenzenlos. Mit ihrer Hilfe und tatkräftiger Unterstützung erschien zwar nicht Schaumgeboren wie die Venus aus dem Haupte von Zeus, aber aus geheimnisvollen Schluchten das Kabinett Papen-Schleicher-Gayl. Kontreorder: Sechs Wochen nach dem Verbot erläßt die neue Regierung, unterzeichnet von dem gleichen Reichspräsidenten eine zweite Verordnung, die die SA und das Uniformtragen wieder erlaubt. Die Folge: Desorder: Grenzenlose Unordnung. Ueberall, wo diese wiedererlaubte SA marschiert, wo sich die neuen vom Volksmund getauften Notverordnungsjaden zeigen, knallen die Revolver,

blitzen die Messer, saufen die Stahlstangen, röheln die Sterbenden und schreien die Vermundeten. Am nächtlichen Himmel zeichnen sich die Umrisse des Bürgerkrieges.

Jeder, der auch nur halbwegs beobachtet, erkennt, wach ein Babanque mit dem Interesse des deutschen Volkes und Vaterlandes getrieben wird. Man ringt die Hände und beschwört während die Regierung, diesem Grausen und blutigen Spiel ein Ende zu machen. Koch bestand in den süddeutschen Ländern wenigstens das Uniformverbot.

Dort, wo die provozierende Schar der Hitlerschen Privatarmee noch nicht äußerlich in Erscheinung trat, dort herrschte

## Sozialdemokratie und Einheitsfront

Der Parteivorstand hat am 28. Juni an die Bezirksleitungen folgenden Rundschreiben gerichtet:

Werte Genossen!

Aus den Bekenntnissen des 3. K. der SPD, der kommunistischen Führer und der kommunistischen Presse ergibt sich ganz unmissverständlich, daß die sogenannte antifaunistische Aktion dieser Kreise in Wirklichkeit gar nichts anderes als eine antisozialdemokratische Aktion ist. Ausdrücklich wird erklärt, daß es mit den sozialdemokratischen Führern keine Einheitsfront geben könne. Alle Aufforderungen von sozialdemokratischer Seite, zunächst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen und alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind der Arbeiterklasse zu konzentrieren, wurden höhnisch zurückgewiesen. Ausdrücklich bestätigt das Rundschreiben Nr. 11 des 3. K. vom 4. Juni, daß auch in den gegenwärtigen Kämpfen der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie zu richten sei.

Daraus ergibt sich, daß die SPD, die „proletarische Einheitsfront“, die sie mit Worten predigt, in der Tat gar nicht will. Diese Parole soll nur als Köder dienen, um Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratischen Partei für die SPD einzufangen. Jeder, dem der Gedanke einer echten proletarischen Einheitsfront ernst und heilig ist, muß sich von einem so unehelichen Wanderver entzweit abwenden.

Die SPD. könnte sich, wenn sie wollte, im gegenwärtigen Wahlkampf zweckmäßig auf den Versuch konzentrieren, die Wählermassen zurückzugewinnen, die ihr zu den Nationalsozialisten davonlaufen sind. Durch solche Kampfschlüsseln könnte sie die Reichsregierung mit der Sozialdemokratie auf ein Minimum reduzieren. Will sie das nicht, sondern richtet sie den Hauptstoß gegen uns, so muß auch gegen sie die Eiserne Front als Abwehrfront fest geschlossen werden.

Wie wenig ernst es den Kommunisten mit der proletarischen Einheitsfront ist, beweisen zum Überflus auch die neueren parlamentarischen Abstimmungen, namentlich im preussischen Landtag, wo sich Nationalsozialisten und Kommunisten im Kampf gegen die Sozialdemokraten zusammenfanden. Man kann nicht außerhalb der Parlamente eine proletarische Einheitsfront mit der Sozialdemokratie bilden, wenn man in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie bildet.

Darum, Genossen, Augen auf! Jeder politisch Gesinnte weiß, daß erfolgversprechende Verhandlungen nur von den zentralen Parteileitungen geführt werden können. Lokale Verhandlungen schaffen statt Einigkeit und Klarheit nur Uneinigkeit und Verwirrung. Sie sind deshalb streng zu vermeiden.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand

## Die Eiserne Front ruft!

Ihr habt seit Jahrzehnten den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands geführt. In euren Herzen lebte selbst noch in den letzten Jahren der Entbehrung und Bitterkeit die Hoffnung auf den sozialen Volksstaat, auf ein neues Deutschland. Ihr habt keine Grundlagen geschaffen. Ihr wolltet es ausbauen zu einer Heimat für alle Deutschen.

Statt dessen kam die Not. In allen Ländern der Welt stieg die Flut der Arbeitslosigkeit.

In Deutschland leierten Millionen und aber Millionen Hände. Ihr Schicksal ist Armut und Hunger.

Die letzten Wochen zeigten euch, was das „Dritte Reich“ zuzug überantwortete die Arbeitslosen der Armenpflege. Selbst den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wurde die kümmerliche Rente gekürzt.

Die letzten Wochen zeigten euch, was das „Dritte Reich“ bringen wird.

Wer nichts besitzt, ist vogelfrei.

Wer wenig hat, dem soll auch das Wenige genommen werden.

Wer viel hat, dem hilft der Staat.

Zugleich mit den neuen Uniformen für die SA sind den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Notverordnungsjacken verpaßt worden.

Das schaffende Volk in Stadt und Land trägt die graue Uniform des Elends.

Der Preis, den das neue Kabinett für die Tolerierung an Hitler zu zahlen hatte, war die Auflösung des Reichstags, die Aufhebung des eben erlassenen Verbots der Hitlerschen Privatarmee und die Auslieferung Preußens an die Nationalsozialisten.

Die braune Garde Hitlers marschiert wieder und durchbricht alle Schranken der Ordnung. Gemulgt durch die Reichsregierung und auf deren Versprechungen pochend, ist die SA zum offenen Kampfe gegen einzelne Landesregierungen angetreten, um sie unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. So kündigt sich das „Dritte Reich“ an, in dem die Todfeinde des werktätigen Volkes nach ihrer Willkür herrschen wollen, das Deutschland, in dem es zweierlei Recht und zwei Nationen gibt: die Nation der Benachteiligten und die Nation der Hungerlöhner und Almosenempfänger.

Für die arbeitende Masse die Hungerpein!

Für die großen Kapitalisten in Stadt und Land die „Wohlfahrtsunterstützung“ der Subventionen!

Für die Schergen des Kapitals neue Uniformen!

Darin erschöpft sich die Kunst der neuen Regierung, die sich berufen fühlt, Deutschland wirtschaftlich und moralisch wieder aufzurichten.

Die Regierung, die heute das Steuer des Reiches in Händen hält, mißachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die am 13. März und 10. April für Hindenburg stimmte, um Demokratie und Republik zu retten. Sie führt sich auf die Kräfte, die die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben haben und tagtäglich mit kaum überbietender Brutalität den Bürgerkrieg schüren.

Wo Gewalt vor Recht geht, gibt es keine Freiheit und keine Sicherheit.

Der Sieg der Gegenrevolution würde euch wehrlos denen preisgeben, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, als auf Volksgenossen zu schießen.

Männer und Frauen der Eisernen Front! Dahin darf es nicht kommen.

Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muß verhindert werden, daß sich die SA zum Herrn der Straße macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um eure Freiheit.

Der 31. Juli ist ein Schicksalsschlag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes. Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Seht euch zur Wehr gegen die Verknechtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

Schart euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!

Schmüdet euch mit den Symbolen des Kampfes! Tragt die drei Pfeile durch die Straßen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause euer Freiheitsrufe durch Stadt und Land, die Freunde wecken, die Feinde schrecken! Ihr werdet siegen, wenn ihr einig seid!

Reichskampfleitung der Eisernen Front

noch Ruhe. Aber die braunen Häuser sind unnachgiebig. Ihnen verbannt die Regierung Papen Geburt und Dasein. Als Gegengabe sind ihr Versprechungen und Wechsel gegeben worden, und die Inhaber bestehen auf deren Einlösung. Alle Einwendungen und Sorgen der Süddeutschen werden in den Wind geschlagen. Bayern, Baden und Württemberg bleiben fest. Sie lehnen es ab, der Reichsregierung auch nur die geringste Verantwortung abzunehmen. Sie weigern sich, den Bürgerkrieg in ihre Lande tragen zu lassen, sie werden deshalb Separatisten, Landesverräter und Reichszerstörer genannt. Hitler aber drängt und so erscheint wieder eine neue Notverordnung, die auch die süddeutschen Staaten zwingt, die Uniformen zu gestatten und zugleich wird für das ganze Reich das bisherige Demonstrationsverbot aufgehoben. Aufgehoben am gleichen Tage, da auf Grund einer ähnlichen Notverordnung für die Hungernden die Renten, die Witwen und Waisen die kümmerlichen Bezüge gekürzt werden und befohlen wird, den Schmachtrümen noch enger zu ziehen.

Aber damit die Tätigkeit dieser Reichsregierung von Hitler Gnaden sich noch symbolischer gestaltet und noch klarer in Erscheinung tritt, erfolgt von ihr der Antrag an den preußischen Innenminister, die beiden führenden Zeitungen der Opposition, den Vorwärts und die Kölnische Volkszeitung, ob ihrer Kritik auf je fünf Tage zu verbieten. Was selbst die Militärjuristen des Krieges nicht gewagt hat, heute am Rande des Bürgerkrieges wird es Ereignis, das sich gegen Hänger, Diktatur und Mord, gegen die deutsche Arbeiterklasse, die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften aller Richtungen richtet. Und selbst jeder bürgerlichen Kritik soll gezeigt werden, daß die Prinzipien und das System des ostpreussischen Gutshofes der Junker und Barone von Hitlers Gnaden befolgt werden müssen.

Das ist die einfache, klare politische Seite dieser neuen Notverordnung. Wie die Praxis berer, die sie erlassen haben und für die ihnen niemand, nicht heute und nicht vor der Geschichte, die Verantwortung abnehmen wird. Wie groß diese Verantwortung ist, das werden die Ereignisse der kommenden Monate lehren.

Recht noch eine juristische und verfassungsmäßige Seite dieses neuen Verordnungswanges, mit dem die deutschen Einzelstaaten zum erstenmal seit Bestehen der Weimarer Verfassung unter Druck gesetzt werden. Darüber wird der deutsche Staatsgerichtshof Antwort geben. Allerdings sind die einzelnen Paragraphen so dehnbar, daß Juristen alles herauslesen können, so offen und klar der politische und soziale Kurs der Reichsregierung ist. Juristisch bestehen alle Möglichkeiten. Wenn aber das Kabinett der Meinung ist, daß, wenn es nicht geht, es auch auf juristischem Wege eine Hintertür ins Freie führen wird, so täuscht es sich.

Die Regierung der Nazisbarone hat zu Herrn Hitlers Forderungen A gesagt. Sie sagt durch die neue Verordnung, die eine Verordnung gegen die Länder ist B, und sie wird, wenn sie noch lange regiert und ihren antisozialen Kurs gegen die Arbeiterklasse und gegen alle Notleidenden noch lange fortsetzen kann, das gesamte Alphabet durchbuchstabieren. Im Gleichschritt mit den reaktionären politischen und sozialen Kräften gegen das Volk und gegen die Demokratie marschieren die SA, marschieren die Horde der Bürgerkriegs, marschieren die Konzeptionen an deren Generäle und Geldgeber.

Es ist brutaler Hohn auf das Volk und auf seine Freiheit. Wenn die Regierung in der Begründung ihrer neuesten Verordnung zu Gunsten Hitlers sagt:

„Die vielfach geäußerten Bedenken gegen die wieder gewährten Freiheiten sind übertrieben. Auf der einen Seite die Anebelung jeder sachlichen Kritik und Zeitungsverbote und auf der anderen Seite: Freiheit zum Mord und Bürgerkrieg gegen den sich diese Kritik richtet.“

Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse bedankt sich für solche „Freiheit“! Sie will die Freiheit des Lebens. Die Freiheit zum Sterben, die Freiheit des Hungerns und des Abschlagens durch viehische Horde und deren Anführer, das ist es, was das deutsche Volk nicht will. Deshalb versichern wir dieser Regierung der Nazisbarone, der Verlust, den Kommunisten die Schuld an dem jüngsten Blutvergießen zuzuschreiben, ist vergeblich. Das Maß ist bereits voll, wöhe wenn es überläuft!

## Tagesschau

**Bern:** Zwischen Vertretern des Bundesrates und der deutschen Regierung ist am Mittwoch in Bern eine Abmachung unterzeichnet worden, die die Regelung der Denkmalsaufstellung für deutsche Erholungsreisende besetzt. Diesen Reisenden wird außer den schon genehmigten 200 RM eine Zulagenehmigung von 500 RM erteilt. Die Schweiz wird dagegen die Einfuhr von Kohle, sowie Zucker und Mais im bisherigen Ausmaße zulassen.

**Lausanne:** MacDonald hat für die Englandfahrt des „ Graf Zeppelin“ am nächsten Samstag einen Platz belegt.

**Bern:** Der Bundesrat hat eine Erhöhung der Zölle für Schreibmaschinen, Spielwaren und ähnliche Artikel beschlossen.

**Lausanne:** Das Communiqué über die Mittwochsung der sechs Mächte besagt, daß ein Büro gebildet werden soll zu dem Zweck, die Reparationsfrage weiter zu prüfen. Weiter wird sich ein Wirtschaftsausschuß mit den wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten beschäftigen.

**Berlin:** Wie verlautet, wird die preussische Staatsregierung es ablehnen, dem Erlaß der Reichsregierung auf ein fünfzigstägiges Verbot der Kölnischen Volkszeitung und des Vorwärts zu entsprechen. Die Angelegenheit wird vielmehr an den zuständigen Senat des Reichsgerichts zur staatsrechtlichen Entscheidung weitergeleitet werden.

**Washington:** Senator Borah erklärte im Senat, es wäre unmöglich, eine Weltwirtschaftskonferenz abzuhalten, da Lausanne offenbar mit einem Mißerfolg geendet habe.

## Der rasende Wahnsinn

**Frankfurt a. M., 29. Juni (Sta. Draht).** In Gehäusen bei Danau kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Fackelzug uniformierter Nazis verzehrte innerhalb der Bevölkerung große Erregung. Die Reihen reihen sich hinter auf der Landstraße nach dem Dorf Roth zu fort, wo es am Dorleingang zu schweren Ausschreitungen kam. Hier wurde ein SA-Mann aus einem benachbarten Dorf durch Messerstücke offenbar gefährlich verletzt. Außerdem erlitten andere Teilnehmer an der Schlägerei leichtere Verletzungen. Die Polizei verhaftete zwei Personen.

# Die „Wohlfahrtsanstalt“

## Riesenbürgschaften für Industrie und Landwirtschaft Schwarze Subventionen

In der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis zum 1. April 1932 sind die Bürgschaftsverpflichtungen des Reiches um nicht weniger als 315 Millionen Mark gewachsen. Im Oktober 1930 betragen die gesamten Bürgschaften 687 Millionen Mark. Von diesem Betrag sind bis Ende März 1932 rund 425,6 Millionen Mark erloschen. In der gleichen Zeit hat aber das Reich nicht weniger als 1,7 Milliarden Mark Garantieverpflichtungen übernommen. So sieht der Wohlfahrtsstaat für das Bankkapital, die Industrie und die Großlandwirtschaft aus.

Interessant ist besonders die Entwicklung der Bürgschaften des Reiches zwischen Oktober 1931 und Ende März 1932. In dieser Zeit sind die Bürgschaften für die Landwirtschaft von 93,3 Millionen Mark auf 268,8 Millionen Mark gestiegen. Allein 130,6 Millionen Mark entfallen davon auf die Hypothekendarlehen. Weitere 15 Millionen Mark fanden Verwendung für die Roggenkultivationskäufe und für den Ankauf von Weizen. Die Dampfmittelfreidite erhöhten sich um rund 400 000 M auf 57,3 Millionen. Ebenso interessant sind die Bürgschaften für die Industrie (Handel und Gewerbe). Sie machten Ende März 1932 nicht weniger als 689,2 Millionen Mark aus. Die Bürgschaften im Schiffahrts- und Verkehrswesen haben sich um 24 Millionen auf 75,7 Millionen erhöht. In Frage kommen hier die Großreedereien, die noch nach Ende März 1932 sehr erhebliche Bürgschaften von der Reichsregierung erhalten haben.

### Dagegen sind die Bürgschaften im Wohnungs- und Siedlungswesen zurückgegangen.

Sie betragen Ende März 1932 nur noch 175,9 Millionen Mark gegen 220,9 Millionen Mark im Oktober 1931. Für Siedlungen und Wohnungsbau haben eben die bürgerlichen Regierungen nichts übrig. Bei den Banken, für die das Reich am 1. Oktober 1931 für etwa 547,2 Millionen Mark Bürgschaftsverpflichtungen laufen botte, haben sich diese Verpflichtungen auf 748,5 Millionen Mark erhöht. Die Ausfallbürgschaft des Reiches für die Danabank wird „nach rober Schätzung“ mit rund 400 Millionen Mark „bemert“ und angesetzt.

Die Entwicklung der Banksubventionen und Bankbürgschaften illustriert das Wort des gegenwärtigen Reichsfinanzministers vom „Wohlfahrtsstaat“. Nach dem Stand von Anfang April 1932 hat das Reich durch Darlehen, Kredite, Bürgschaften und sonstige Zuschüsse folgende Beträge bei den deutschen Privatbanken investiert:

	in Millionen Mark:	
	insgesamt	davon Bürgschaften
Dresdner Bank, Darmstädter u. Nationalbank und Deutsche Orientbank . . . . .	rund 984,5	rund 407,7
Norddeutsche Kreditbank (früher F. B. Schröder, Bremen) . . . . .	138	88
Garantie- und Aktienbank . . . . .	83	66
Commerz- und Privatbank . . . . .	77,2	—
Landesbank für die Rheinprovinz . . . . .	64,0	—
Allgemeine Deutsche Kreditanstalt . . . . .	16,0	—
Deutsche Girozentrale . . . . .	100,0	—
Berliner Bank für Handel u. Grundbesitz (Hausbesitzerbank) . . . . .	21	21
Gewerbliche Kreditgenossenschaften . . . . .	47,6	47,6
Gewerbliche Kreditgenossenschaften . . . . .	47,6	47,6
	1550,0	749,0

Aber beteiligt ist das Reich an den von ihm subventionierten Privat-Banken nur mit der lächerlichen Summe von etwa 234 Millionen. Davon entfallen 68 Millionen Mark auf die Garantie- und Aktienbank, die nicht zu den Privatbanken gehört, die schon vor der Finanzkrise bestanden und vom Reich saniert werden mußten.

Gesamtgarantien von fast 2 Milliarden Mark, wie sie das Reich übernommen hat, bedeuten für die Reichskasse eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Schon zu einer Zeit, als die Reichsbürgschaften wesentlich niedriger waren, die finanziellen Möglichkeiten des Reiches sich aber unergieblich besser darstellten als heute, wurde auf Antrag der Sozialdemokratie ein Rücklagefonds für das erhebliche Risiko gebildet, das nun einmal mit der Übernahme von Bürgschaften verbunden ist. Tatsächlich hat sich dieser Rücklagefonds als sehr nützlich erwiesen. 80 Millionen Mark Ausfälle bei Reichsbürgschaften sind aus ihm bereits abgedeckt worden. Für das Jahr 1932 ist die Erhöhung des Risikofonds auf 20 Millionen Mark vorgesehen. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob dieser Betrag auch nur annähernd zur Abdeckung etwa entfallender Verluste ausreichen wird. Denn neben den rund 2 Milliarden bereits übernommenen Bürgschaften hat das Reich aus früheren Jahren noch die Ermächtigung, für insgesamt 1,7 Milliarden Mark weitere Bürgschaften zu übernehmen.

Die direkten Subventionen des Reiches in Form von Darlehen an private Unternehmen, die man schon oft hat in den Schoßneidern schreiben müssen, sind zwischen dem Oktober 1931 und dem März 1932 um 856,5 auf 889,5 Millionen Mark gestiegen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Reichsdarlehen kaum jemals reiflos zurückgezahlt werden.

Die Zahlen zeigen, daß die Hauptstütze gegen den „Wohlfahrtsstaat“ seine Hauptnutznießer sind.

# Schwindelmanöver der KPD.

## Sozialdemokraten! Laßt euch nicht von den Kommunisten mißbrauchen

Unter der Überschrift „Offenburger Einheitsfront marschieren“, wird in der Diensttagausgabe der kommunistischen sogenannten Arbeiterzeitung aus Offenburg berichtet, daß dort gegen die Bildung einer sogenannten Einheitsfront die Widerstände immer geringer werden. Parteilose, sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter seien gewillt, die Einheitsfront zu schließen. Der Vorsitzende des Ortsausschusses des A.D.G.B. habe einem aufgestellten Kampfprogramm seine persönliche Zustimmung erklärt, ebenso, daß er im Ortsausschuß der Gewerkschaften für die Annahme dieses Programms eintreten werde.

Ueber den von dem Kommunistenorgan gemeldeten Vorgang wird uns aus Offenburg berichtet:

Zur Einheitsfrontfrage nahm am vergangenen Samstag das Offenburger Gewerkschaftsamt Stellung. Der Vorsitzende, Kollege Müller, gab eingangs der Sitzung einen Ueberblick über den Verlauf zweier Sitzungen. An der Sitzung hatten sich Vertreter des Gewerkschaftsamt teilgenommen, die sich nach keiner Richtung festlegen konnten, ohne den Kartellvorstand und die Delegierten zu fragen. In einer Sitzung, in der sämtliche Vertreter politischer, gewerkschaftlicher und kultureller Arbeiterorganisationen und Parteilose teilgenommen hatten, lagen zur Beratung folgende vier Punkte vor:

1. Kampf gegen jeden Rohabbau, 2. Kampf gegen jeden Unterhaltungsabbau, 3. Kampf gegen jeden imperialistischen Krieg.

An der Aussprache der Kartelldelegierten beteiligten sich 11 Delegierte. Grundsätzlich wurde wie bisher die Notwendigkeit einer Einheitsfront zur Bekämpfung des Faschismus betont. Die Delegierten waren der Meinung, daß eine wirkliche Einheitsfront geschaffen werden sollte. Eine Einheitsfront, in der etwa die Kommunisten und die Gewerkschaften oder die S.P.D. kämpfen, ist undiskutabel. Die Gewerkschaftsamtdelegierten lehnen es ab, mit Leuten an einem Tisch zu sitzen, denen es einfallen wollte, auf die andere, mit denen eine Einheitsfront gebildet werden sollte, sind alte, selbstverständliche Forderungen (Punkt 2 und 3) sind alte, selbstverständliche Forderungen der Gewerkschaften und der Partei.

Es wird abgelehnt, Berlin, etwa durch wilde Streiks nach dem Muster der K.P.D., die beiden wirtschaftlichen Forderungen durchzuführen zu wollen. Allgemein wurden unter diesen Umständen, da die Gewerkschaften allein für wirtschaftliche Forderungen zuständig sind, diese zwei Forderungen als Programmpunkte als überflüssig abgelehnt, da sie ja praktisch nur auf dem Papier ständen. Wegen 2 Stimmen wurde folgender Antrag angenommen:

Die Versammlung ist mit einer öffentlichen Rundgebung einverstanden, wenn 1. die zwei wirtschaftlichen Forderungen zurückgestellt werden, 2. wenn der Vorsitz dem Kollegen Müller (Vorsitzender des Gewerkschaftsamt) übertragen wird und 3. wenn der Genosse Adolf Geel als alleiniger Redner auftritt.

In der Versammlung sollten nach Wünschen von Mitgliedern des „Einheitskomitees“ die Vertreter der S.P.D., S.A.B. und K.P.D. sprechen. Dies wurde nicht für gut gehalten. Die Gefahr scharfer politischer Auseinandersetzungen unter den politischen Richtungen ist zu groß, zumal wenn man die Einheitsfrontparolen der K.P.D. kennt. Man will der Öffentlichkeit und den politischen Gegnern kein Schauspiel bieten, das einer Einheitsfrontbewegung nicht dienlich ist. Als Redner wurde aus diesem Grund der Genosse Adolf Geel vorgeschlagen.

Zu dem Einheitsfrontschwindel der Kommunisten ist das Folgende zu sagen:

Die Kommunisten sind außerordentlich rübrig zwecks Schöpfung einer „Einheitsfront“ unter dem Sammelnamen „antifaschistische Aktion“. Bedauerlicherweise haben sie an den einzelnen Orten, wo ganz schwache Organisations vorhanden sind, kleinere Ortschaften zu versenden. Organisationsmäßig ist die kommunistische Partei in Baden in völliger Unordnung und innerer Streitigkeit. Nach außen hin sucht man das zu verdecken, indem man um so stärker brüllt: „Einheitsfront der Arbeiter gegen die Faschisten“. In Reich bei Spielweise, einem kleineren Ort im Schwäbinger Bezirk, wo unterer Parteiorganisation ganze 15 Mitglieder zählt, vermochten es die Kommunisten, die paar Sozialdemokraten vor ihren Karren zu spannen. Der Erfolg der Aktion nach verlustiger Eorengung einer Kassenverammlung unter Anführung der Kommunisten in einer völlig stümperhaften Vorbereitung, mußte mit Blutopfern bezahlt werden, worunter sich auch ein Teil Sozialdemokraten befindet. Rund 30 Verletzte auf beiden Seiten waren das Resultat. Die Kommunisten haben aber erzielt, was sie wollten, nämlich nunmehr mit großem Geschrei auf die Polizei des Sozialdemokraten Walter Lohsauer zu können, um so im Weiterstreifen der Aktion den sozialdemokratischen Stolz gegen die Faschisten zu schwächen.

Wenn wir einen entscheidenden Vablerfolg erzielen wollen, ist die erste Bedingung, reinliche Scheidung zwischen uns und den Kommunisten. Der Verlust der Kommunisten, sich der Sozialdemokratie an die Rockhöhe zu hängen, muß mit der gleichen Entschiedenheit zurückgewiesen werden, wie in der Vorkriegszeit der Versuch der Anarchisten, auf sozialdemokratischen Versammlungen ihre verrückten Ideen zur Geltung zu bringen.

Die Kommunisten arbeiten mit der größten Raffinesse auf diesem Gebiet. So macht man z. B. in Mannheim die Beobachtung, daß Kommunisten mit der Miene eines Wiebermannes zu untern Leuten kommen und ihnen das Angebot machen, eine Einheitsfront zu schaffen unter Führung der sozialdemokratischen Führer. Ein solches Angebot erscheint dem sozialdemokratischen Parteimitglied geradezu verlockend. Was aus einer solchen Geldsicht wird, vermögen sie sich in ihrer Grundehrlichkeit nicht vorzustellen. Daß bei der ersten Veranstaltung solcher Art die Kommunisten dann auftreten und verrückte Anträge stellen, denen jeder verantwortliche Parteimitglied mit Entschiedenheit gegenüber treten muß, vermögen sie ebenfalls nicht zu erkennen. Eine andere Methode der Kommunisten ist auch nunmehr, Anhänger unter die sozialdemokratischen Arbeiter zu schicken, ohne ein kommunistisches Absehen zu tragen und ohne sich als Kommunisten zu erkennen zu geben, als sogenannte parteilose Arbeiter, drängen sie sich heran mit der Begründung der Schaffung einer Einheitsfront. Wir warnen die sozialdemokratische Arbeiterschaft in allen Orten und in allen Betrieben, auf den kommunistischen Schwindel hereinzufallen, der ausschließlich und absichtlich dazu dienen soll, in den Reihen der Sozialdemokratie Verwirrung anzurichten. Die sozialdemokratischen Arbeiter in der reichsten und größten Reich für maßgebend kommunistische Aktionen zu mißbrauchen. Wir haben wiederholt schon dargelegt, daß ein gemeinsamer Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faschismus in der schärfsten Weise möglich wäre, sofern die Kommunisten endlich von ihrem verbrecherischen Sentiment ablassen, nämlich in Wort und Schrift in der weitesten Weise gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu hetzen, dafür aber, ebenso wie die Sozialdemokratie, ernstlich und mit voller Kraft den Kampf gegen den Faschismus zu führen. Das wollen die Kommunisten aber nicht. Sie wollen in erster Linie die Zertrümmerung der Sozialdemokratie. Darum kann und darf es keine sogenannte Einheitsfront mit ihnen geben.

Die Barone fordern Zeitungsverbote

Der Reichsminister des Innern hat die preussische Staatsregierung eruchtet, den Vormärts und die Königlich Volkszeitung auf die Zeit von 5 Tagen zu verbieten.

Der Antrag gegen den Vormärts wird mit einer Karikatur in einem Extrablatt des Vormärts begründet, in dem heißt: „Koll du mußt zahlen, damit die SA paradiere kann.“

Der Antrag gegen die Königlich Volkszeitung stützt sich auf die scharfe Kritik dieses Blattes, anlässlich des merkwürdigen Martin-Isaermans des Herrn v. Papen.

Der Vormärts schreibt zu der Verbotsaktion des Reichsinnenministers:

„Die Reichsregierung vertritt die Meinung, durch diese Karikatur, wie auch durch unser Wahlflugblatt solle der Schein hervorgerufen werden, als ob die Einsparungen und Nebenmaßnahmen aus der Notverordnung dazu dienen sollten, die Uniformen der SA zu beschaffen.“

Wir erheben gegen den Verzicht der Reichsregierung, die Aufführung der Wähler im Sinne der Sozialdemokratischen Partei gewaltsam zu unterbinden, vor der ganzen Welt den allerhöchsten Protest.

Gewerkschaften und Abrüstung

In die Abrüstungskonferenz!

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat an die Abrüstungskonferenz das folgende Telegramm geschickt:

Der Internationale Gewerkschaftsbund erinnert daran, daß in seiner am 6. Februar 1932 der Abrüstungskonferenz im Namen von mehr als 14 Millionen angeschlossenen Arbeitern unterbreitetes Petition die in Genf versammelten Staatsmänner aufgefordert wurden, die von den Regierungen versprochene Abrüstung sowie die Organisation und Sicherung des Friedens zwischen den Völkern endlich zur Tat werden zu lassen.

Da nun der amerikanische Vorschlag eine Möglichkeit — vielleicht die letzte — bietet, zu einem positiven Resultat zu gelangen, das in Verbindung mit den neuerlich in Lausanne gefassten Beschlüssen und dem Erfolg des belgisch-holländischen Versuches der Beendigung des protektionistischen Warenzolls das Vertrauen wiederherzustellen und zur Gewissung der Welt beitragen kann, würde es der öffentlichen Meinung der Welt völlig unverständlich erscheinen, wenn durch das Verlangen irgendeiner Regierung und unter irgendeinem Vorwand diese erfreulichen Aussichten zerstört würden!

Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Waffenschmuggel der Nazis

Amsterdam, 29. Juni (Gla. Draht). Ein großer nationalsozialistischer Waffenschmuggel wurde am Mittwoch von der niederländischen Kriminalpolizei in Waals an der Limburgischen Grenze aufgedeckt.

Wie weiter mitgeteilt wird, müssen seit Monaten große Mengen Waffen über die Grenze gebracht worden sein. Die verhafteten Personen stammen aus Amsterdam, Rotterdam und Waals.

„Wo Hitler Ehrenbürger ist“

Vorgehensmaß vom Dritten Reich

Im Landtag von Thüringen führte der sozialdemokratische Abgeordnete Gröndler aus:

„Ich will nur ein praktisches Beispiel bringen in Bezug auf die Wohlfahrtsunterstützung. In Thüringen ist ein Nazibürgermeister, der Oberförster Dr. Schnell. Und da ist mir jetzt folgendes mitgeteilt worden: Dieser Nationalsozialist Dr. Schnell hat seine eigenen Unterstütsungsrichtsätze in Thüringen. Es entfallen auf jeden Erwerbslosen 7,50 Mark im Monat.“

Wie diese Bemessung der Wohlfahrtsunterstützung durch den Nazibürgermeister sich auswirkt, dafür einige Beispiele. Ein Arbeiter mit Frau und Kind erhält eine Unterstützung von 21 Mark monatlich. Davon muß er allein für die Miete 8 Mark zahlen; es bleiben ihm also 13 Mark für den Monat, das sind 3 Mark für die Woche. Also Herr Dr. Schnell zahlt einem arbeitslosen Arbeiter mit Frau und Kind 3 Mark wöchentliche Unterstützung aus! Nach den Richtsätzen müßte der Arbeiter 39 Mark monatlich bekommen. Herr Dr. Schnell zahlt also 18 Mark weniger aus! (Süß! Süß!)

Ein anderer Arbeiter mit Frau und vier Kindern erhält 30 Mark im Monat. Nach den Richtsätzen müßte er 57 Mark erhalten. Der Nazibürgermeister zahlt also 27 Mark weniger aus. Aber eines hat er allerdings getan, dieser Nazibürgermeister: er hat Adolf Hitler zum Ehrenbürger von Thüringen ernannt! — Das paßt dann zusammen.“

Gegen den Nazischwindel

Das „Novemberverbrechen“

„Sie kennen die militärische Lage nicht!“

Im Hinblick auf die bewußt verlogene Darstellung der Vorgänge im November 1918 seitens der Nationalsozialisten und angesichts der Tatsache, daß die gleichen Lügen fortwährend wiederholt werden, um sie in die Köpfe derer einzuhämmern, die für die Scheitler-Regierung der Barone und Hitlers gefangen werden sollen, ist es unbedingt notwendig geworden, der bewußten Unwahrheit immer wieder die Wahrheit entgegenzustellen.

Ende September und Anfang Oktober wurde durch die Betteltelegramme der Obersten Seeres-Regierung (OSR) um sofortigen Waffenstillstand und Frieden aller Welt klar, daß das deutsche Meer am Ende seiner Kräfte sei.

Die Truppen, die immer noch tapfer die Angriffe siegreich abwehren, sind schlecht genährt und noch schlechter ausgerüstet; ungenügende Großwaffen, mangelnde Munition; täglich furchtbare Verluste, die nicht mehr ausgeglichen werden können.

Unsere Bundesgenossen waren längst am Ende ihrer Kräfte gelangt; in Wirklichkeit lagen sie schon am Boden!

Die bulgarische Front war zusammengebrochen; wie die Bulgaren, so arbeitete auch der Kaiser von Oesterreich auf einen Separatfrieden hin.

Das war die Begründung der Generale Hindenburg und Ludendorff für ihr unbilliges Verhalten nach Schluß.

Der damalige Reichskanzler Freiherr von Hertling ersuchte die Oberste Seeres-Regierung dringend um Aufhebung der Friedensbitt, damit er den schweren Schritt besser vorbereiten, die Atmosphäre zu Deutschlands Gunsten günstiger gestalten könne.

Nein! Das geht nicht an, denn 48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten!

Freiherr von Versner namens der OSR: „Sie kennen die militärische Lage nicht!“ (Obers! von Haselen, der Vertreter der OSR in Berlin.)

Das belagerte Volk erkannte nun schaudernd, wie man es mit Siegesberichten betrogen hatte. Ludendorff, der bald nachher zum Erlaunen aller alles plötzlich in mit derem Lichte gesehen wissen wollte, neue Menschenmassen als weitere Schlachtopfer verlangte, hatte jede Spur von Vertrauen verloren; er floh unter falschem Namen nach Schweden. Der Kaiser, sein Sohn und der bairische Kronprinz flohen. Die ganze moralische Gesellschaft brach zusammen; alle prominenten Konfessionen und Altheuten, die Grafen, Freiherren und Barone hatten sich vertrieben.

Am 9. November 1918, um die Mittagszeit, hat der neue Reichskanzler Marx, Prinz von Baden, den Hrn. Friedrich Ebert als Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei die Regierung zu übernehmen, weil dazu niemand anders in der Lage sein würde. Ebert nahm an. Er begann die „marxistischen Verbrechen“ mit folgenden Befanntmachungen:

Prinz Max hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte der Reichsverwaltung übergeben. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden.



Für die Freiheit — alles!

Es geht uns Ganze in Deutschland In den heißen politischen Schlachten dieses Sommers muß es sich entscheiden,

ob Deutschland wieder vom Baron und Leutnant injunziert werden soll wie früher,

oder ob unser Land eine freie Republik mit gleichen Pflichten aber auch gleichen Rechten für alle Staatsbürger bleiben, ob insbesondere die deutsche Arbeiterschaft die von ihrer ertungene Gleichberechtigung behaupten kann.

Weil es ums Ganze geht, kann auch nur ganzer Einjah

etwas frommen.

Der Entscheidungskampf erfordert unerhörte Opfer. Die Sozialdemokratische Partei kann ihn nur erfolgreich führen, wenn jeder sich dessen bewußt ist und danach handelt.

Opferwillige an die Front!

Gebt unter dem Stichwort

„freiheitsopfer“

was der einzelne zu geben vermag. Gebt schnell!

Mühlen Franck die gute Kaffeewürze verbilligt und verbessert jede Art von Kaffee

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserm Volke. Selbst also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unerschrockene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

So begannen die „Novemberverbrecher“, über die jetzt jeder blüde Hitleide schimpft, ihre Tätigkeit. Die von den Volksbeauftragten dann sofort vorbereitete Nationalversammlung schuf die Verfassung der Republik.

Mit den „marxistischen Novemberverbrechern“ arbeiteten nicht nur der frühere Kriegsminister Scheuch, die Minister Soli, von Brockdorff-Rantzau und andere, sondern auch die Oberste Seeres-Regierung unter Führung Hindenburgs! „Für die Regierung Ebert-Scheidemann“ demonstrierten öffentlich die Behörden und Beamten die Lehrer und Parteien (abgesehen von den Kommunisten und Deutschnationalen), die Soldaten und die Polizei. Die vollkommen ordnungsgemäß gewählte Nationalversammlung hat alle von den Volksbeauftragten getroffenen Maßnahmen sanktioniert! Das hätte sie selbstverständlich nicht getan, wenn irgend etwas „verbrecherisches“ geschehen wäre. Ohne die marxistischen Revolutionäre wäre das Reich 1918 auseinander gefallen, ohne sie wäre, wie auch der konservative Professor Dr. Bredt, der bekannte Berichterstatter des großen Reichstags-Untersuchungsausschusses feststellte, Deutschland dem Bolschewismus verfallen.

Wenn 1918 zum Aufbau und Schutze der Republik nicht mehr getan werden konnte, als getan worden ist, und wenn jetzt noch deshalb Vorwürfe erhoben werden, so wissen Alle, die jene Zeit miterlebt haben, daß das Erreichte damals geradezu wie Unerhörtes gewürdigt worden ist, denn mit dem gleichen Fanatismus, mit dem heute die Nationalsozialisten „gegen die Marxisten“ kämpfen, mühten damals die Spartakisten gegen die „Sozialverräter“. Tag für Tag legten sie die Volksbeauftragten durch un sinnige Demonstrationen, mühe Bedrohungen und Ueberfälle lahm.

Wenn die Arbeit der Regierungen, die seit 1918 am Ruder gewesen sind, jetzt in Sauf und Bogen als „marxistisches System“ abgetan werden soll, so entspricht das der von Adolf Hitler verlangten Propaganda, die auf die Wahrheit keine Rücksicht zu nehmen hat. Im Verlauf von 13 Jahren waren an den 19 verschiedenen Reichsregierungen Sozialdemokraten überhaupt nur zehnmal beteiligt. Die Teilnahme von Mitgliedern der SPD beträgt sich zusammen auf insgesamt fünf Jahre; acht Jahre Regierungsstätigkeit entfallen ausschließlich auf bürgerliche Parteien.

Es sei wiederholt ausgesprochen: wenn 1918 mehr und früheres nicht erreicht werden konnte, so war daran ausschließlich die Unkenntnis der Arbeiter schuld. Aus dieser Tatsache gilt es zu lernen. Wenn das Geschick, „daß die SPD der Hauptfeind sei“, selbst dann noch aus den Reihen der SPD, erlännte, nachdem die Faschisten bereits die Hand nach der politischen Macht ausgestreckt hatten, so ist das ein Verbrechen, genau so groß wie das von 1918. Für die damalige Zeit gibt es immerhin einen Entschuldigungsgrund, denn die Führer der Spartakisten waren fast ausschließlich Akademiker, Doktrinaire, Kaffeehausrevolutionäre und „Dichter“. Jetzt aber betonen die Führer der SPD, immerzu, daß sie Männer und Frauen aus der deutschen Arbeiterklasse seien. Sie mögen es bemerken, indem sie die Zeichen und Erfordernisse der Zeit wahrhaftig Klassenbewußt würdigen. Das wünschen wir im Interesse des arbeitenden Volkes.

Wilhelm Scheidemann.

Die rituellen Notverordnungs-Jacken!

Die Jugemeinerei der NSDAP teilt mit, daß es „jüdischen Firmen gelungen“ sei, größere Mengen SA-Uniformen bei Adolfs Bürgerkriegsbanken abzuleiten.

Da bleibt kein Volkstank trübenleer — Seht, Hitlers braun bemalte Knaben, Sie wissen jetzt ja selbst nicht mehr, Was sie auf ihrem Leibe haben!

Das Schokoladen Hemd, o Fein, Durchsieht mit Ritual-Wasillen — Wie soll man da das Semi-Schwein Nach altem Brauch von hinten küssen?!

Die braun melierte Hühnerbrust Ist von der Firma Cohn umhendet, SA wird hier mit böser Luft Der Massen-Konfektion entfremdet!

Wer hat dies Ding wohl nur gedreht —? Steht Joseph Goebbels dahinter —? Die Sünde, die im Blut umgeht, Bricht sie sich Bahn —? Tragt mal Herrn Dinter!

Kurt Kaiser Blüth.

Eine Antwort an den Stahlhelm

Der in Elwanagen lebende Generalleutnant a. D. v. Schabel veröffentlicht in der dort erscheinenden Sp- und Postzeitung folgende Erklärung gegen den 1. Bundesführer des Stahlhelms, Herrn Selbte in Magdeburg:

„In Ihrer Ansprache in Berlin lagen Sie, daß die Süddeutschen nicht von Ihrer Art sind. Ich nehme an, Sie haben als Frontsoldat gesprochen und nicht als Politiker. Denn von der Politik haben Sie sich doch nach den Erdrückungen bei der Reichspräsidentenwahl abgelehrt. So antworte ich Ihnen auch als Frontsoldat. In gewisser Beziehung haben Sie recht, daß die Süddeutschen — und dazu gehören wir Württemberger doch auch — von anderer Art sind als Sie. Das kam auch während des Krieges zum Ausdruck. Wo es schwierige Verhältnisse gab, wo es eine Stellung gab, die gehalten werden mußte, wo man eine Truppe brauchte, auf die sich der Kommandeur unter allen Umständen verlassen mußte, nach wem rief man da?, wen holte man da? — Die Württemberger, also Süddeutsche. Und wenn Sie mit das nicht glauben, dann fragen Sie den deutschen Kronprinzen, fragel Sie Ludendorff und andere Seerführer. Sehen Sie, Herr Selbte, das war süddeutsche Art. Und wenn Ihnen diese Art, wie Sie sagen, fremd ist, dann ist die kein Kompliment für Sie. Daß Sie besser reden können als wir, das gebe ich Ihnen zu.“

# Freistaat Baden

## „Wohlfahrtsstaat“ der christlich-nationalen Konzentration

Uns wird geschrieben: Wie sich die „aufbaumilligen Kräfte“, die sich um die Regierung Baden-Schleicher gruppieren, den Aufbau Deutschlands vorstellen, zeigt ihre Notverordnung zur Arbeitslosenversicherung. Es ist geradezu ein Skandal, was den unverschämten erwerbslosen Gewordenen angetan wird. Diese Regierung, die sich als „von Gottes Gnaden“ eingeleitet fühlt, betrachtet offenbar den Arbeitslosen als eine höchst überflüssige Belastung; man will ihn durch brutale Kürzung der Unterstützungssätze das Rohdammstücken und die Moral hebringen, daß er nichts Besseres tun kann als verhungern und ins Jenseits abgehen. Während bisher die Hauptunterstützung als Versicherungsleistung überall die gleiche war, soll sie in Zukunft abgestuft werden; trotzdem doch der Beitrag für alle Versicherten derselbe ist. Ein Erwerbsloser in Klasse 11 erhielt bisher mit Frau und Kind 25,90 M. Au. Jetzt erhält er in einer Großstadt 17,10 M., in einer mittleren Stadt 14,70 M. und auf dem Dorf 12 M. Der Prolet auf dem Lande wird mit Abhängen bis zu 56 Prozent bedacht. Welche Argumente mag die Regierung haben, so etwas zu verordnen? Glaubt sie, die Arbeiter auf dem Lande leben in paradiesischen Zuständen? Tatsache ist doch, daß die Lebensverhältnisse in einer Arbeiterwohnungs-Gemeinde mindestens genau so schlimm sind, wie in der Stadtkernstadt. Will man damit etwa die Thele „zurück aufs Land“ fördern. 48 M gibt die Regierung von Hilfers Gnaden monatlich einer dreiköpfigen Familie auf dem Lande. Nach Abzug der Miete verbleiben ungefähr 25 M. Damit muß alles, was zum Leben gehört, bestritten werden. Die Regierung hat die Arbeitslosenversicherung so auf wie verschlagen. Die Leistungen der Beitragsleistung bleibt nur noch auf 6 Wochen. Anspruch auf Versicherungsleistung besteht nicht mehr. Die Leistungen der Beitragsleistung bleibt nur noch auf 6 Wochen. Anspruch auf Versicherungsleistung besteht nicht mehr. Die Leistungen der Beitragsleistung bleibt nur noch auf 6 Wochen. Anspruch auf Versicherungsleistung besteht nicht mehr.

abzufragen kann, wobei der Boden vielleicht nur die Saat wieder gibt. Vereinnahmen hat er aus seinem Acker nicht. Dafür hat er aber Ausgaben an Saat, Düng, Steuern und Fuhrlohn. Selbst wenn er den letzten Ertrag könnte, ist es unendlich, die Pflanzkosten von der karglichen Unterstützung zu erübrigen. Eines übertrifft allerdings bei dieser Notverordnung. Die alten Sätze dürfen bis zum 23. Juli weiterbezahlt werden. Am 31. Juli ist der Wahltag für den neuen Reichstag. In der Wahlwoche bekommt der Erwerbslose zum ersten Male also den Gegen der neuen Notverordnung zu spüren. Ist das seiner Zufall? Jeder mag sich seinen Vers darauf selber machen!

Jedenfalls heißt es für uns: Sorat überall für Auffklärung! Spannt alle Kräfte an! Jeder, der es mit dem Volke ehrlich meint, bildet mit der SPD, die Einheitsfront, die notwendig ist, um dem Herrenmenschen der Baden-Ditler ein Ende zu bereiten.

## Die Religion ist in Gefahr

Zu obigem Schlagwort wird uns vom Volksfreundbund evangelischer Sozialisten geschrieben: Dieses Schlagwort wird in den nächsten Wochen bis zum Ende der Reichstagswahlen durch alle deutschen Gauen getragen. Die Reichsregierung hat bei ihrem Regierungsantritt das Stichwort dazu gegeben, in dem sie vom Kampf gegen den „gottlosen“ Sozialismus als ihre Aufgabe sprach. Wir wissen, daß sich hinter solchen Lebensarten Interessen verbergen und daß ein politisch gekulter Mensch sich durch solche Behauptung direkt falsch, daß die Sozialisten gottlos und unfähig sind. Ueber Gottlosigkeit läßt sich nicht streiten, weil das ein schwer feststellender Begriff ist. Sinegen läßt sich die Zugehörigkeit zur Kirche rein statistisch feststellen. Und da ergibt sich für Baden die Tatsache, daß bei Berücksichtigung aller Momente von den badiischen sozialistischen Wählern noch nicht einmal zwei Prozent aus der Kirche ausgetreten sind. Das Bemühen der religiösen Sozialisten ist daher zu verstehen, diese 98 Prozent zu mobilisieren und sie zu bewegen, sich an den Kirchenwahlen zu beteiligen. Sieht die Kirche, daß das sozialistische Kirchenvolk aufsteht und die Kirche nicht mehr bürgerlichen Interessenvertreter überläßt, dann wird ihr das Schlagwort: „Die Religion ist in Gefahr“ entworfen. Für Baden fällt die Entscheidung drei Wochen vor der Reichstagswahl, also am 10. Juli. Daran sollte jeder Sozialist denken!

Aus dem Justizdienst. Ernannt wurden: Landgerichtsrat Einwächter in Heidelberg zum Land- und Amtsgerichtsdirektor in Waldsbut, Landgerichtsrat Dr. Leberle in Karlsruhe zum Oberlandesgerichtsrat, Amtsgerichtsrat Dr. Wagnner in Heidelberg zum Landgerichtsrat dasehl, Staatsanwalt Güde in Mosbach zum Amtsgerichtsrat in Bruchsal. — Verletzt wurde Amtsgerichtsrat Pfeiffer in Bruchsal nach Heidelberg, zur Ruhe geht auf Antrag Oberlandesgerichtsrat Maner.

Landesversicherungsanstalt. Das Staatsministerium hat den Oberlandesgerichtsrat Wohlgenuth für die Dauer seines Hauptamtes zum richterlichen Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt ernannt.

## Industrie sympathisiert mit Faschismus

### Wohin feuert der Reichsverband der Industrie?

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat über seine letztwöchige Tagung einen Bericht herausgegeben, der auf die deutsche Weltanschauung gerade im gegenwärtigen Augenblick alarmierend wirkt, denn das Präsidialmitglied Clemens Lammer hat zu dem Thema „Autarkie — Planwirtschaft — berufständischer Staat“ Ausführungen gemacht, von denen auch der sehr fragmentarische offizielle Bericht deutlich erkennen läßt, daß der Reichsverband der Industrie mindestens mit einer wirtschaftlichen Verfassungsänderung im Sinne des Faschismus und des korporativen Staates ernsthaft sympathisiert.

Lammer schildert die geistigen Bewegungen, welche den Drang nach einer ständigen Verfassung hervorgerufen oder verstärkt haben und gab einen kurzen Überblick über die Pläne für den Aufbau des Ständewesens und die Verteilung der Aufgaben. In diesem Zusammenhang behandelte er auch das Führerproblem. Den Schlüssel bilden die Ausführungen über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat, sowie dasjenige des demokratischen Gedankens, welcher dem Ständewesen innewohnt, zu der autokratischen (selbstherrlichen, D. R.) Staatsführung. Der Redner forderte das deutsche Unternehmertum auf, sich in diese Probleme mehr als bisher zu vertiefen und auf eine geistige Fundierung dieses Komplexes um die Gestaltung der deutschen Wirtschaftsumwelt bedacht zu sein.

Gerade im gegenwärtigen Augenblick kann die Tragweite solcher Äußerungen nicht überschätzt werden. Nach privaten Äußerungen führender Leute des Reichsverbandes dürfte man bisher annehmen, daß in den verantwortlichen Gremien des Reichsverbandes die politische Barmut noch eine Heimstätte habe und daß der Reichsverband nicht identifiziert werden dürfte mit jenen arabischen faschistischen Heißspornen, die teilweise im eigenen und der Gesamtwirtschaft keineswegs förderlichen Interesse die nationalsozialistische Bewegung moralisch und finanziell gefördert haben. Wir halten es für notwendig, an den Reichsverband der Industrie die Frage zu richten, ob in seiner bisherigen Haltung, die den verfassungsmäßigen und wirtschaftspolitischen Tendenzen des Brüning-Kabinetts entsprach, ein Wandel eingetreten ist.

## Weltarbeitslosigkeit immer noch zunehmend

ITB. Genf, 29. Juni. Die statistischen Erhebungen, die dem Internationalen Arbeitsamt in den letzten Monaten zugegangen sind, zeigen weiter eine fast allgemeine Zunahme der Arbeitslosigkeit gegenüber demselben Zeitraum im Frühjahr 1931. Einzig in Finnland und Polen wurde ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit um 3 bzw. 2 Prozent festgestellt. Sonst hat in der Regel die Arbeitslosigkeit in den meisten Industrieländern im Frühjahr infolge saisonmäßiger Belebung abgenommen. In diesem Jahre wird dies aber nicht der Fall, vielmehr ist in verschiedenen Ländern eine Zunahme zu verzeichnen.

## Vom Einheitsfrontschwindel

Eisenach, 29. Juni. (Eig. Draht.) Das Einheitsfrontmandat der SPD, erfährt dadurch eine weitere Charakterisierung, daß der hiesige kommunistische Erwerbslosenrat sich an die Nationalsozialisten zum Zweck einer gemeinsamen Demonstration heranzusetzen will. Die Nationalsozialisten haben eine grundsätzliche Zusage erteilt. Daraufhin sind Rosis und Nazis in Verhandlungen eingetreten.

## Der neue Reichsetat als Notverordnung

Die Reichsregierung hat sich entschlossen, den Reichsetat für das laufende Etatsjahr durch Notverordnung zu verabschieden, da nach dem parlamentarischen Wege eine ordnungsmäßige Erhebung des Etats aller Voraussicht nach noch Monate dauern würde, andererseits aber ein flüchtiges Verhängen des Notetats durchaus unumwandelbar erscheint. Die Notverordnung wird wahrscheinlich noch heute im Laufe des Tages, spätestens morgen, vom Reichspräsidenten unterzeichnet werden.

## Kleine bad. Chronik

Hohenwetterbach, 29. Juni. Ein 90jähriger. Der älteste Bürger unserer Gemeinde, Herr Rudolf Graber, Schneidermeister, feierte gestern in körperlicher und geistiger Frische seinen 90. Geburtstag. Unter Anteilnahme der ganzen Bevölkerung brachte der Gesangverein Liedertafel ein Ständchen dar, wobei dem Jubilar durch den Gemeinderat ein Ehrengeheim überreicht wurde. Dem Jubilar auch an dieser Stelle die besten Glück- und Segenswünsche.

Reitheim (Amt Wiesloch), 29. Juni. Tragisches Schicksal. Ganz plötzlich traf hier Dienstagabend Fräulein Thelma Göbel aus Amerika ein, um der alten, unvergesslichen Heimat einen kürzeren Besuch abzustatten. Die Eltern und Anwesenden wußten wohl um ein Kommen ihrer Tochter, hatten aber erst Dienstag mittag davon Kenntnis erhalten. Offenbar wollte die Glückliche ihre Neben überraschen, was man herbei kann. Doch wie traurig wollte es das Schicksal mit ihr. Schon am Nachmittag gegen drei Uhr durchdrachte die Kunde über, plötzlich einem Herzschlag erlegen sei. Die Frau, die schon längere Zeit mit einem Herzeiden zu tun hatte, war gerade mit einer Arbeit im Garten beschäftigt, als sie den Tod erlitt. Es mag sich ihr — wohl in Erwartung der schon etwa 6 Jahre fern der Heimat lebenden Tochter — eine gewisse Erregung bemächtigt haben, die zu stark auf die Frau einwirkte und zu ihrem traurigen Ende führte.

Bastlagen (Amt Emmendingen), 29. Juni. Witzhalla. Gestern Abend schlug der Witz in die Scheune der Augustin Schmidt Witwe. Das Gebäude und die Feuerstätte der neuen Ernte wurden vernichtet. Der Feuerwehr gelang es, ein Uebergreifen des Feuers zu verhindern.

Konstanz, 29. Juni. Anwesen eingekerkert. In der Dettlich Dtingelshof brannte in der vergangenen Nacht während eines sehr heftigen Gewitters das Haus des Fischers und Gemeinderats Karl Regel vollständig nieder, wobei auch große Getreidevorräte verbrannten. Als Brandursache vermutet man Blitzschlag oder Kurzschluss.

Altenbach, 29. Juni. Beim Baden ertrunken. Am Dienstag morgen ertrank der 17jährige Schüler der Oberrealschule Konstanz, Sohn des Direktors Noos, in der Nähe seiner elterlichen Wohnung, wo er vor dem Schulgang badete. Die Leiche wurde bereits gelandet.

Reinach, 29. Juni. Leichnamführung. Mittwoch morgen wurde oberhalb der Eisenbahnbrücke im Rhein eine männliche Leiche gelandet. Die Personalien des Ertrunkenen sind noch nicht bekannt, offenbar handelt es sich aber um einen beim Wehrdienst in der vorigen Woche ertrunkenen Arbeiter.

Durbach, 29. Juni. Selbstmord einer 82jährigen. Hier hat sich eine 82 Jahre alte ledige Frauensperson aus Lebensüberdruß erhängt.

# Aus aller Welt

## Große Ueberschwemmungen in Rumänien

Bukarest, 29. Juni. Seit drei Tagen treten in ganz Rumänien große Ueberschwemmungen auf, die unerschweren Schaden namentlich im Moldaugebiet, anrichten. Die Stadt Jassi ist gegenwärtig vollkommen von der Außenwelt abgeschnitten. Viele Leichen sollen im Wasser treiben. Allein im Bezirk von Jassi wird die Zahl der Obdachten auf 15 000 geschätzt. Die Ueberschwemmungen im nördlichen Moldaugebiet halten weiter an. Zahlreiche Städte, so insbesondere Jassi und Cernauti, sind vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Überall sind zahllose Dörfer zu heilagen. Tausende von Häusern sind eingestürzt und weite Ebenen vom Wasser überflutet. In Jassi steht das Wasser vier Meter hoch. Die Zahl der in dieser Stadt von den Ueberschwemmungen betroffenen Einwohner beläuft sich auf 20 000. Der rumänische Ministerrat hat für die Hilfeleistung an die von der Ueberschwemmung heimgeückte Bevölkerung 10 000 Lei bewilligt.

## Ein Millionen-Strafantrag

In dem großen Hamburger Zuckersteuerhinterziehungsprozeß, der bereits drei Wochen andauert, stellte am Dienstag der Vertreter des Landesfinanzamts und der Zollbehörde folgende Strafanträge: Gegen den Angeklagten Stiefel wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung ein Jahr Gefängnis und 14,3 Millionen Mark Geldstrafe (ebenfalls erlaßweise 1 Jahr Gefängnis), und 17,9 Millionen Mark Geldstrafe (ebenfalls erlaßweise 1 Jahr Gefängnis); gegen den Angeklagten Lion 6 Monate Gefängnis und 6,7 Millionen Mark Geldstrafe, sowie 8,2 Millionen Mark Geldstrafe; gegen die Angeklagten Tromm, Heinz und fünf weitere Sünder zweiter Garnitur schließlich Geldstrafen in einer Höhe von insgesamt mehr als 30 Millionen Mark.

## Verhaftung des kommunistischen Präsidentschaftskandidaten

Los Angeles, 28. Juni. Der kommunistische Präsidentschaftskandidat William Foster wurde unter dem Verdacht von strafbarem Sozialismus verhaftet.

## Jugunglüd in Colorado

Castle Rock, 28. Juni. 18 Wagen eines Güterzugs, die dem Frachttransport dienen, entgleiten. Man rechnet mit 8 Toten und 40 Verletzten.

## Schlägerei

Freiburg i. Br., 29. Juni. Dienstag nacht gegen 1/1 Uhr entstand in der Herrentraße in der Nähe der Gastwirtschaft „Rohsbühl“ eine Schlägerei. Als ein Polizeibeamter einschritt und einen der Beteiligten festnahm, wurde er plötzlich von mehreren jungen Leuten hintertrübs angefallen und zu Boden geschlagen. Das so gleich alarmierte Notrufkommando konnte fünf der Haupttäter festnehmen. Der überfallene Beamte hatte erhebliche Verletzungen im Gesicht und an der Schulter davongetragen, so daß er in die Klinik überführt werden mußte. Gegen 1 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

## Feuer auf dem Dampfer „Tanger“

Hamburg, 29. Juni. Auf dem deutschen Dampfer „Tanger“ der Oldenburg-Portugiesischen Dampfschiffreederei, der sich auf der Reise von Marokko nach Hamburg befindet, ist in der deutschen Bucht Feuer ausgebrochen, das sich mit großer Geschwindigkeit auf

dem Achterschiff ausbreitete. Den zu Hilfe herbeigerufenen Bergungs- und Schleppdampfern gelang es, das Schiff bei Neuwerk auf Grund zu setzen. Infolge der großen Hitze ist es sehr schwer, an das Feuer heranzukommen. Das ganze Hinterstück bildet ein Flammenmeer. Die Mannschaft dürfte nach den bisher vorliegenden Meldungen gerettet sein.

Genf, 28. Juni. Dr. Erik Norden, der wie gemeldet, am Sonntag von einem Motorradfahrer angefahren wurde, ist heute seinen schweren Verletzungen erlegen.

## „Radioprogramm für das Dritte Reich“

- 7.30 Uhr: Funknotiz: Deutschland erwacht.
- 9.30 Uhr: Schulfunk: Das Rechnen mit gekochtem Zins; die klapptende Kapitalrente.
- 10.00 Uhr: Das wandernde Mikrophon: Hitler erwacht.
- 11.30 Uhr: Vorträge des Gesangsvereins „Stahlbad“:
  1. Am Galgen vor dem Tode ...
  2. Stille Nacht, heilige Nacht der langen Messer.
  3. Wenn's Judenblut vom Messer spritzt.
  4. Arier und Chor aus der Ober „Die Jüdin“ von Halewitz.
  5. Horst-Wessel-Lied.
- 12.40 Uhr: Mittagskonzert der SA-Kapelle. Vortrag vom Stabschef Pa. Köhm über: „Hinterlader oder Vorderlader“.
- 15.00 Uhr: Schallplatten von wilden Völkern: Gemaulsel aus Palästina.
- 15.30 Uhr: Märchenstunde für die ganz Kleinen: Lohnerhöhung, eine Forderung der Nationalsozialisten.
- 16.45 Uhr: Stunde der Frau: Wie erziehe ich mein erstes Kind?
- 17.30 Uhr: Vortrag: „Wie bekomme ich Geld von Juden und anderen Feinden?“
- 19.00 Uhr: Frei für Uebertragung einer Protestkundgebung der NSDAP. (Gegenstand derzeit noch unbekannt).
- 19.50 Uhr: Ausgabe der Wetterparolen; Programmansage für morgen.
- 20.00 Uhr: „Der Feind im Blut“, Tragödie einer Aufgeordneten von Adolf Schiller.
- 22.00 Uhr: Witzhalla Beobachtungen.
- 22.00 Uhr: Uebertragung aus dem Hotel „Kaiserhof“ in Berlin. Jazzfanfane „Die fünf Götter“. — Schlagerlieder:
  1. Ibusnelba, kommt mit mir aus Rosenam.
  2. Ich hab dich lieb, brauner SA-Mann.
  3. Der Onkel Schnalza von der Salsa tanzt nur Walzer.
  4. Was kann der Hitler denn dafür, daß er ein Böhm ist?

# Sängerbund Vorwärts $\Rightarrow$ Waldfest $\Rightarrow$ kommenden Sonntag, den 3. Juli im Hardtwald (Flugplatzecke)

## Gewerkschaftliches

### Zum Lohnkonflikt in der bad. Textilindustrie

Nachdem der Abwandspruch vom 3. Mai vom Reichsarbeitsminister nicht für verbindlich erklärt wurde, wie es die Arbeitgeber verlangten, sind die badischen Textilindustriellen dazu übergegangen, durch Gewaltmaßnahmen eine Kürzung der Löhne durchzuführen. Zum 11. Juni wurde der gesamten badischen Textilindustrie das Arbeitsverhältnis gekündigt. Die Erregung unter der Arbeiterschaft ist dadurch sehr groß, haben doch die Löhne in der badischen Textilindustrie bereits eine große Vereinfachung herbeigeführt. Nun sollen diese Löhne gewaltsam noch weiter gekürzt werden.

In zwei großen Betriebsversammlungen hat die Belegschaft der Spinnerei und Weberei Ettlingen zur Lage Stellung genommen. Nachstehende Entschliessung wurde in den Versammlungen einstimmig gefasst:

„Die Betriebsversammlungen der Spinnerei und Weberei Ettlingen haben zu der Gesamtkündigung der Belegschaft Stellung genommen. Die gesamte Belegschaft lehnt einmütig das Vorgehen der Firma ab und protestiert gegen jeden weiteren Lohnabbau. Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß weitere Kürzungen des Lohnes untragbar sind, da sie zu einer weiteren Vereinfachung der Arbeiterschaft führen. Durch die neuerlichen Belastungen, wie sie für die Arbeiterschaft durch die Notverordnung der Reichsregierung vom 14. Juni entstanden sind, wird der durch Gewaltmaßnahmen angelegte Lohnabbau sich doppelt schwer fühlbar machen und auswirken.“

Die Belegschaft stellt sich die Arbeiterschaft geistlich hinter die Betriebsvertretung und die Gewerkschaften. In den Gewerkschaften sieht sie die einzige Interessensvertretung und lehnt die Einmischung jeder nicht gewerkschaftlichen Organisation in den Lohnkampf ab.

Von den Schlichtungsinstanzen und der Reichsregierung erwartet die Belegschaft, daß sie den Gewaltmaßnahmen der Arbeitgeber ein entschiedenes Nein entgegenbringt.

Der Lohn des 25jährigen Arbeiters beträgt in der Textilindustrie noch 54 Pf. Durch das Diktat der Arbeitgeber soll er um weitere 3,5 Prozent gekürzt werden. Obwohl Wochenverdienste von 10 Mark keine Seltenheit sind, ist es immer noch nicht genug. Noch weiter soll die Arbeiterschaft der Not ausgeliefert werden.

Von den Gewerkschaften ist bereits der Schlichtungsausschuß Karlsruhe angerufen worden. Obwohl 54 Pfennig pro Stunde kein Lohn ist für einen Familienvater, wird vom Schlichtungsausschuß nur erwartet, daß diese Löhne in Kraft bleiben. Sogleich verließen diese Instanzen sich den Wünschen der Arbeiter nicht, da sie sich in den allerschwersten Grenzen bewegen.

### Ergebnislose Verhandlungen im Streik beim Kraftwerkbau Albrück-Dogern

Vor dem Landesschiedsrichter in Karlsruhe fanden heute Verhandlungen der Parteien im Streik beim Kraftwerkbau Albrück-Dogern statt. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Von Seiten der Arbeitgeber wurde die anwendende Schlichtung als nicht verhandlungsfähiger Partner erklärt. Der Landesschiedsrichter ist bemüht, die Parteien wieder zusammenzubringen.

### Wer wird Albert Thomas Nachfolger?

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes tritt am 30. Juni wieder in Genf zusammen. Der Aufsatz der Tagung wird die Gedächtnisfeier für den verstorbenen Direktor des Amtes, Albert Thomas, sein. An der Eröffnung, die in der Vittoria-Gasse stattfinden soll, wird auch der Präsident der Arbeitslosenkonferenz, Henderson, teilnehmen.

Die Arbeitstagung beginnt am 1. Juli. In ihrem Mittelpunkt steht die Wahl eines neuen Direktors. Als Kandidaten werden in erster Linie genannt der dänische Finanzminister Bramsnes, der gegenwärtige Vizepräsident des Amtes, Butler-England und der Belgier Hendrik de Man. Bramsnes war in allen Kabinetten Stauungs Finanzminister. Sein Name hat in den sozialpolitischen Kreisen einen guten Klang. Er kommt aus dem Arbeiterstand. Er war ursprünglich Buchdrucker und hat sich durch Selbststudium zum Professor für Sozialwissenschaft emporgearbeitet.

Erreicht wäre, wenn der Verwaltungsrat bereits in seiner beabsichtigten Tagung zu einer Entscheidung über die Nachfolge von Albert Thomas käme; denn eine Verkleinerung der Zahl des Direktors kann weder für das Amt noch für die internationale Arbeiterorganisation ein Gewinn sein.

Bei der Wahl wird der Verwaltungsrat eins nicht vergessen dürfen: „Nachfolger von Albert Thomas“, so sagt die Gewerkschaftszeitung, „kann nur werden, wer das unerschütterliche Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer hat. Diese Voraussetzung ist eine Selbstverständlichkeit.“

### Nazi als Arbeitgeber

Vor dem Arbeitsgericht Darmstadt wurde vor einiger Zeit in einem Prozeß, den der I.D.L. führte, festgestellt, daß ein kaufmännischer Angestellter im Verlag des von dem Nazi-Führer Gottfried Feder herausgegebenen Heftblattes „Die Flamme“ für den Monat Dezember ein Gesamtgehalt von ganzen RM. 20.— bezog. Der gleiche Angestellte rückte später zum Filialleiter auf, hatte als solcher die Tätigkeit eines Buchhalters und Korrespondenten, Ein- und Verkaufers auszuüben und bezog dabei vom Feder-Verlag ganze RM. 60.— pro Monat. Damit nicht genug, die Verhandlung ergab ferner noch, daß der famose Nazi-Verlag weder Krankenkassen-

## Die Urteilsverkündung im Prozeß gegen die Sklareks



Blick auf die Anklagebank während der Urteilsverkündung.

In der Mitte: Willy Sklarek, weinend.

Oben von links nach rechts: Die Hauptangeklagten Willy Sklarek, Stadtrat Gaebel, Leo Sklarek.

Am 12. Verhandlungstag des Sklarek-Prozesses wurde jetzt das Urteil gesprochen. Es lautete auf 4 Jahre Zuchthaus für Willy und Leo Sklarek und auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis gegen den Berliner Stadtrat Gaebel, den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Städtischen Kleiderbetriebsgesellschaft.

beiträge, noch Arbeitslosenversicherungsbeiträge abgeführt und Untergestelltenversicherungsbeiträge geleistet hatte, so daß der Angeklagte nach Aufhören des Arbeitsverhältnisses bis heute noch keinen Pfennig Unterstützung bekommen hat. Jetzt wurde wenigstens dieser vorbildliche Nazi-Arbeitgeber zu einer Nachzahlung von RM. 247.— an den Angeestellten verurteilt.

Für alle, die gern einmal wissen wollten, wie es denn die Nazis nach ihrem Machtantritt „machen“ werden, ist diese Meldung der beste Anschauungsunterricht.

## Tagungen

### Tagung des Badischen Verkehrsverbandes in Eberbach a. N.

Am 25. Juni hielt der Badische Verkehrsverband seine 26. ordentliche Hauptversammlung in Eberbach a. N. ab. Der Präsident des Verbandes, Generalmajor Wenzinger, begrüßte die Teilnehmer an Fremdenverkehr interessierter Verbände. Nach der Eröffnung und Verwaltung, Abordnung des Landtages, sowie Vertreter anderer an Fremdenverkehr interessierter Verbände, nach der Begrüßung durch die vereidigten Vertreter wurde in die Beratungen eingetreten. Insbesondere interessierte der vom Geschäftsführer des Verbandes, Sanitätsrat Kieger, gegebene Tätigkeitsbericht, aus welchem die umfangreichen Arbeiten im Rahmen des Werbeprogramms für Baden entnommen werden können. Innerhalb eines Jahres sind über 1/2 Million Schriften herausgegeben, die für die Massenwerbung bestimmt sind. Neben der Werbung im deutschen Sprachgebiet als der Hauptaufgabe konnte erstmals auch die im Ausland als Ergänzung der hervorragenden Werbeaktivität der Reichsbahnzentrale für den Deutschen Reiseverkehr Berlin durchgeführt werden; ihr dienen zahlreiche Propagandamittel, Ausstellungsmodelle von Schwarzwaldbahnhäusern, Schwarzwaldbuben sowie fremdsprachige Prospekte. Als neuestes und in seiner künstlerischen Ausführung allenthalben anerkanntes Werbe- und Informationsmittel wurde die farbige Reisekarte geschaffen, die in großer Ausgabe auf allen wichtigen Bahnhöfen in Deutschland zum AusbANG kommt und in kleinerer Ausgabe als Faltblatt für den Handgebrauch des Reisepublikums bestimmt ist.

Der „Wegweiser und Hotelführer Badenland-Schwarzwald“ ist in Neuauflage mit den neuesten Spottpreisen erschienen und bildet immer noch das wertvolle und zuverlässige Informationsmerk für den Reisenden. In allen sonstigen Verkehrs- und Werbeangelegenheiten des badischen Land, der Reichsbahnzentrale und der Badischen Verkehrsverband hervorragend als Mitarbeiter und Berater beteiligt, so bei der Einführung der billigen Rundreisekarten, der Veranstaltung von Verwaltungskongressen, bei Fahrplanfragen, Erhaltung der Autostraßen usw. In der Erörterung anderer, vom Verkehrsverband behandelten Fragen sind besonders zu erwähnen, die Bestrebungen nach Behandlung des Fremdenverkehrs als Wirtschaftsfaktor in der Schule und die Zusammenarbeit mit der amtlichen Landesmetwarte Karlsruhe in der Einführung des Reiseleiterdienstes, der, wie auch der Schneemelddienst, in einer besonderen Sitzung Besprechung und Regelung noch finden soll.

In der Ausdrache über den Tätigkeitsbericht selbst und über die Werbemaßnahmen wurden wertvolle Anregungen gegeben, die z. T. ihren Niederschlag in Entschliessungen des Verbandes fanden. Diese Entschliessungen forderten Maßnahmen,

welche die Ruhe und Erholungsmöglichkeit in Kurorten garantieren sollen, Aufhebung des Glücksspielverbotes für Baden-Baden, Maßnahmen gegen die Benachteiligung Badens im Südkurs und Milderung der den Kraftomnibusverkehr hemmenden Bestimmungen. Der Vizepräsident des Verbandes, Dr. G u g e l m e i e r, Präsident der Badischen Kommunalen Landesbank Mannheim gab einen eingehenden interessanten Bericht über die Mitarbeit des Badischen Verkehrsverbandes im Bund Deutscher Verkehrsverbände und im Hauptauschuß für den Deutschen Fremdenverkehr.

Der Kassens- und Rechnungsbereich mit Gesamtausgaben in Höhe von 77 000 Mark, gegeben durch Stadtverwaltungsrat K i s t n e r (Karlsruhe) wurde, wie auch der Tätigkeitsbericht, genehmigt; im Haushaltsplan des Jahres 1933, der Ausgaben in Höhe von 64 000 Mark vorsieht, ist eine weitere Beitragsermächtigung von 10 Prozent berücksichtigt.

Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden bei der Neuwahl wiedergewählt, außerdem wurde Hotelbetreiber G a b l e r (Heidelberg) neu in den Vorstand hinzugewählt. Der Ort der nächsten Generalversammlung ist Triberg.

Der Verbandspräsident schloß mit herzlichem Dank an alle Teilnehmer die. antregend und arbeitsfreudig verlaufene Tagung.

## Soziale Rundschau

### Verlängerung der Amtsdauer

W.B. meldet: Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 25. Juni wird die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsarbeitsverordnungsordnung, des Anstellungsgesetzes und des Reichsbeschäftigungsgesetzes in eine Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer im letzten am 31. Dezember ds. Js. abläuft, um ein halbes Jahr verlängert.

### Marktberichte

Knielinger Schweinemarkt vom 29. Juni. Zufuhr: 26 Milchschweine, 34 Käufer; Preise: 20-27 M bzw. 30-40 M pro Paar, Handel: lebhaft. Nächster Markt am Mittwoch, den 6. Juli.

### Auskünfte der Redaktion

H. W., hier. Da der Händler das Eigentumsrecht noch besitzt, so sind Sie zur Herausgabe des Rad verpflichtet. Der Verkäufer, von dem Sie das Rad erwarben, hat sich allerdings strafbar gemacht.

Chefredakteur: Georg Schepflin. Verantwortlich: Wolff, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Familien, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: E. Grünbaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruhe Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Sämtliche monatlich in Karlsruhe.

## Zwei Herzen u. ein Sinn....



Hier sieht man Kurt mit Arthur plätschen. Wir wollen sie doch mal belauschen!

Famos, Karl, sagt der Arthur jetzt. Ich hab schon glänzend abgeschrieben!

Mensch, meine Freieitmarken gehn wie Semmelweg! Auf Wiedersehen!

FREIHEITSMARKEN

**Ämliche Bekanntmachungen**

Die Wahlen zur Landesynode 1932 betreffend.

Ich gebe hiermit die für den 2. Wahlkreis bis Montag, den 20. Juni 1932, abends 6 Uhr, eingereichten und durch den Kreiswahlprüfungsausschuss endgültig festgestellten Vorschlagslisten und Votenverbindungen öffentlich bekannt (§ 13 V.S.W.D.):

**A. Vorschlagslisten der kirchlich-politischen Vereinigungen.**

**Seite 1.**

1. Mondon Karl, Stadtpfarrer in Karlsruhe.
2. Umbauer Dr. Erwin, Ministerialrat in Karlsruhe.
3. Haus Friedrich, Stadtpfarrer in Karlsruhe.
4. Wehrle Karl, Kaufmann und Kirchenältester in Karlsruhe-Mühlburg.
5. Renner Bittor, Kirchenrat in Karlsruhe.
6. Specht Theodor, Prof. und Kirchenältester in Bruchsal.
7. Weber Gustav, Hauptlehrer in Ettlingen.
8. Kroenlein Eugen, Stadt-Verrechnungs-Rat u. Kirchenältester in Karlsruhe.
9. Kiefer Maria, Karlsruhe-Kontrabass-Kreisleiter.
10. Hettler Friedrich, Vermessungsrat in Karlsruhe.
11. Bender Emil, Professor und Kirchenältester in Karlsruhe.
12. Bauerfeld Karl, Finanzassistent und Kirchenältester in Karlsruhe-Rintheim.
13. Braun Heinrich, Stadtpfarrer in Karlsruhe.
14. Blum Karl, Reichsbahninspektor und Kirchenältester in Karlsruhe.
15. Kiefer Ludwig, Postfachleiter in Karlsruhe-Ruppurr.

**Seite 2.**

1. Mondon Karl, Pfarrer in Karlsruhe.
2. Umbauer Dr. Erwin, Ministerialrat in Karlsruhe.
3. Wilmanns Johann, Gewerbeaufsichtsdirektor i. R. u. Kirchenältester in Gernsbach.
4. Eichen Fritz, Stadtpfarrer in Baden-Dos.
5. Sagemüller Karl, Kaufmann in Baden-Dos.
6. Schürle Johannes, Schuhmachermeister in Baden-Baden.
7. Koch Hans, Pfarrer in Achern.
8. Roth Karl, Bauoberinspektor und Kirchenältester in Achern.
9. Ebert Jakob, Bädermeister und Kirchenältester in Rastatt.
10. Jäger Eugen, Mühlenselbster in Rastatt.
11. Kühn Leopold, Schreinermeister und Kirchenältester in Durmersheim.
12. Diemer Hans, Pfarrer in Gernsbach.
13. Sulzbacher August, Schlosser in Gernsbach.
14. Haas Wilhelm, Kaufmann in Bühl.
15. Durr Wilhelm, Reichsbahnoberbetriebsleiter i. R. in Müllsch.

**Seite 3.**

1. Kabe Fritz, Pfarrer in Knielingen.
2. Sulzer Gottlieb, Fabrikant in Hochstettn.
3. Urban Georg, Pfarrer in Spöck.
4. Schneider Gottlieb, Gärtnermeister in Weilschneureut.
5. Schenkerpflug Dr. August, Pfarrer in Weilschneureut.
6. Sautsch Julius, Landwirt in Blankenloch.
7. Benz H. Wilhelm, Gemeindevater in Graben.
8. Oberader Karl Heinrich, Pfarrer in Leopoldsdalen.
9. Schopp Wilhelm, Bürovorsteher in Knielingen.
10. Hof Otto, Pfarrer in Friedrichstal.
11. Trost Gustav, Landwirt in Viehboisheim.
12. Riß Karl, Landwirt in Linsenheim.
13. Hanshalter Theodor, Kirchenältester in Ruppurr.
14. Scherfke Wilhelm, Profurist in Weilschneureut.
15. Hstani Friedrich, Pfarrer in Weilschneureut.

**Seite 4.**

1. Ziegler D. Wilhelm, Pfarrer i. R. in Rast.
2. Maillard Dr. Alfred, Prof. in Rehl.
3. Zimpfer Wilhelm, Bürgermeister in Helmlingen.
4. Köbel Georg, Landwirt und Kirchenältester in Leigsdorf.
5. Walder Emil, Profurist u. Kirchenältester in Rehl.
6. Höger Friedrich, Pfarrer in Oberkirch.
7. Haller Georg, Reichsbahn-Betriebsassistent und Kirchenältester in Rehl.
8. Wenz Jakob, Kaufmann in Auenheim.
9. Müller Karl, Pfarrer in Ebersheim.
10. Klemens Wilhelm, Kaufmann in Leigsdorf.
11. Holz Andreas, Oberpostinspektor in Rehl.
12. Wilhelm Johann, Landwirt und Kirchenältester in Leigsdorf.
13. Geiser Hermann, Kaufmann in Rehl.
14. Appel Ferdinand, Gerichtsreferendar in Oberkirch.
15. Lefer Hermann, Pfarrer in Leigsdorf.

**Seite 5.**

1. Ubrig Theodor, Pfarrer in Rast.
2. Kraus Walter, Pfarrer in Offenbura.
3. Roth Julius, Kreislehrer in Dinslingen.
4. Kaiser Adam, Pfarrer in Rippensheim.
5. Haebler Karl, Bürgermeister in Schmiedheim.
6. Bühler Wihl, Gottlieb, Buchbindermeister in Dinslingen.
7. Sagemüller Otto, Pfarrer in Dinslingen.
8. Heiler Frieda geb. Sactele, in Dinslingen.
9. Scherfke Gottlieb, Landwirt in Dinslingen.
10. Bender Julius, Pfarrer in Nonnenmeier.
11. Bud Johannes, Schreinermeister in Dinslingen.
12. Diermanns Wolf, Bädermeister in Offenbura.
13. Biederer Georg, Buchdrucker in Rast.
14. Meier Johannes, Landwirt u. Unternachnehmer in Diersbura.
15. Demuth Emil, Defan in Rast.

**B. Vorschlagsliste der kirchlichen Beteiligungsliste der kirchlichen Beteiligungsliste für protestantisches Christentum und deutsches Volkstum.**

**Seite 6.**

1. Böses Fritz, Pfarrer in Egenstein.
2. Sommer Dr. Johannes, Stadtpfarrer in Karlsruhe.

**Seite 7.**

1. Bartholomä Hellmuth, Pfarrer in Rendsch.
2. Meier Theodor, Pfarrer in Schersheim.
3. Bach Philipp VII., Gemeindevater in Rastatt.
4. Bauer Dr. Adolf, Arzt in Rehl.
5. Wilhelm Johann, Landwirt und Kirchenältester in Sand.
6. Benzel Friedrich, Bürgermeister in Müllsch.
7. Höfer Johann IV., Landwirt in Müllsch.
8. Schuler Ludwig, Gemeindevater und Kirchenältester in Holzhausen.
9. Uebel Ludwig, Fabrikant in Dinslingen.
10. Stengel Ernst, Wagner in Schersheim.
11. Seif Friedrich, Wagnermeister und Kirchenältester in Rendsch.
12. Frau Pfarrer Maria Stus in Offenbura.

**Seite 8.**

1. Köhler Paul, Pfarrer in Lehenheim.
2. Babel David, Pastor und Kirchenältester in Rast.
3. Häs Adolf, Mühlenselbster in Weilschneureut.
4. Geith Emil, Arbeiter in Weilschneureut.
5. Stus Maria, Warrwitwe in Offenbura.
6. Kopf-Bonol Andreas, Landwirt und Kirchenältester in Dinslingen.
7. Adam Theobald David, Landwirt in Auenheim.
8. Jovi Wilhelm III., Landwirt in Rippensheim.
9. Schenker Hermann, Kirchenältester in Rippensheim.
10. Kieker Karl Andreas, Landwirt in Nonnenmeier.
11. Kaiser Wihl., Landwirt in Schmiedheim.
12. Kandi Ernst, Kreisrat in Dinslingen.
13. Heitsburger Albert, Kaufmann in Rast.
14. Feigenbaum Karl, Kirchenältester in Weilschneureut.
15. Krammer Albert, Pfarrer in Weilschneureut.

**C. Vorschlagsliste der kirchlich-liberalen Vereinigungen.**

**Seite 9.**

1. Kees D. Ernst, Professor i. R. in Karlsruhe.
2. Hesselbacher D. Karl, Kirchenrat in Baden-Baden.
3. Müller Adolf, Kaufmann in Karlsruhe.
4. Seibert Hans, Stadtpfarrer in Karlsruhe.
5. Müller Dr. Fritz, Amtsgerichtsdirektor in Karlsruhe.
6. Augustin August, Hilfsarbeiter in Karlsruhe.
7. Barth Samuel, Bleichnermeister in Karlsruhe.
8. Franz Ludwig, Zugsführer in Karlsruhe.
9. Wans Hermann, Oberpostinspektor in Karlsruhe-Darldalen.
10. Weiß Emil, Fabrikdirektor in Karlsruhe.
11. Heimerich Friedrich, Rektor in Karlsruhe.
12. Wettsch Paul, Verwaltungsinpektor in Karlsruhe.
13. Schuler Friedrich, Pfarrer in Bruchsal.
14. Weidemeyer Philipp, Kirchenrat in Karlsruhe.
15. Schulz D. Wilhelm, Kirchenrat in Karlsruhe.

**Seite 10.**

1. Hesselbacher D. Karl, Defan und Kirchenrat in Baden-Baden.
2. Heimerich Karl, Hauptlehrer in Rastatt.
3. Franke Carl, Professor Dr. med. in Achern.
4. Faulhaber Ludwig, Oberpostsekretär in Bühl.
5. Hammerer Wilhelm, Fortbildungsschulbauführer in Gernsbach.
6. Haug Wilhelm, Maschinenarbeiter in Gaggenau.
7. Haas Hellmuth, Pfarrer in Bühl.
8. Rühle Karl, Geschäftsführer in Baden-Baden.
9. Scherfke Wilhelm, Pfarrer in Rastatt.
10. Heiler Fritz, Sägewerksbesitzer in Steinbach bei Bühl.
11. Rau Bertha, Vorsteherin in Baden-Baden.
12. Karber Wilhelm, Zimmermann in Staufenberg.
13. Berner Carl Friedrich, Kaufmann in Gaggenau.
14. Ruhn Adam, Sportplatzdirektor in Rastatt.
15. Sauter Karl, Tapeziermeister und Dekorateur in Baden-Baden.

**Seite 11.**

1. Schuler Friedrich, Pfarrer in Bruchsal.
2. Geis Ludwig, Müller in Ruppurr.
3. Ruf Julius, Reichsbahnbeamter in Knielingen.
4. Ruf Wilhelm, Schneidermeister in Rastatt.
5. Kaufmann Wolf, Hauptlehrer in Egenstein.
6. Raupp Karl II., Anreißer in Dinslingen.
7. Weiß Emil, Fabrikdirektor in Karlsruhe.
8. Borsel Dr. Karl, Prof. in Bruchsal.
9. Heiler Karl, Oberlehrer in Bruchsal.
10. Dreher Ludwig, Pfarrer in Karlsruhe.

**Seite 12.**

1. Stengel Friedrich, Defan in Rehl.
2. Veldt Georg IV., Landwirt und Bürgermeister in Rippensheim.
3. Sutter Emil, Hauptlehrer in Ruppurr.
4. Raupp Wilhelm, Buchbinder und Stadtrichter in Dinslingen.
5. Sittig Gustav, Pfarrer in Diersheim.
6. Karber Friedrich V., Schiffbauern in Rastatt.
7. Heilerbauer Ludwig, Schmiedemstr. und Kirchenältester in Rehl.
8. Heiler Wilhelm Johann, Bürgermeister in Auenheim.
9. Heiler Karl, Sportplatzleiter in Müllsch.
10. Zimmer Karl I., Landwirt in Schersheim.
11. Höfer Michael, Bürgermeister und Kirchenältester in Rastatt.
12. Raupp Georg I., Landwirt und Kirchenältester in Rippensheim.
13. Loder Ludwig, Landwirt in Rheinböschheim.
14. Rühl Karl, Sägewerksbesitzer in Rendsch.
15. Schell Johann, Hauptlehrer in Ebersheim.

**Seite 13.**

1. Kroll Richard, Stadtpfarrer in Karlsruhe.
2. Bauer Wilhelm, Fabrikdirektor in Offenbura.
3. Reith Karl, Bürgermeister in Weilschneureut.
4. Jähler Otto, Geschäftsführer in Rastatt.
5. Kantenhäuser Friedr., Stadtpfarrer in Offenbura.
6. Jeller Wilhelm, Landwirt in Weilschneureut.
7. Schmidt Wilhelm, Vermessungsrat in Rastatt.
8. Babel Wilhelm, Obervermessungsrat in Offenbura.
9. Eichen Fritz, Postmeister in Gernsbach.
10. Wilmanns Ida, Hauptlehrerin in Rastatt.
11. Stiefel Karl, Landwirt u. Gemeindevater in Dinslingen.
12. Heiler Konrad, Lokomotivführer in Offenbura.
13. Babel Albert, Schlachthausverwalter in Rastatt.
14. Wanner Johannes, Kreisamtmann in Offenbura.
15. Walter Fritz, Professor in Rastatt.

**D. Vorschlagsliste des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten.**

**Seite 14.**

1. Rappes Heinz, Jugendpfarrer in Karlsruhe.
2. Hellingner Friedrich, Hauptlehrer in Karlsruhe.
3. Babel Christian, Säeiner in Karlsruhe.
4. Erb Gustav, Arbeitersekretär in Karlsruhe.
5. Bess Otto, Reichsbahninspektor in Karlsruhe.
6. Weller Bernh., Schlosser in Karlsruhe.
7. Rina Gottlieb, Betriebsmeister in Karlsruhe.
8. Dietrich Dr. Heinrich, Realschuldirektor in Mannheim.
9. Maret Ernst, Werkmeister in Karlsruhe.
10. Müller Georg, Kaufmann in Karlsruhe-Ruppurr.
11. Kammerer Aug., Oberlehrer in Karlsruhe.
12. Emmerich Georg, Hauptlehrer in Karlsruhe-Rintheim.
13. Klein Karl, Werkmeister in Karlsruhe.
14. Caselmann Christian, Professor in Karlsruhe.
15. Voem Hanns, Pfarrer in Karlsruhe.

**Seite 15.**

1. Rappes Heinz, Jugendpfarrer in Karlsruhe.
2. Ebel Heinrich, Schreinermeister und Gemeindevater in Graben.
3. Heiler Heinrich, Bürgermeister in Dinslingen.
4. Schlimm Ernst, Kontrollleur in Dinslingen.
5. Wolff Friedrich, Fürsorgebeamter a. D. in Bruchsal.
6. Babel August Friedr., Vorarbeiter in Blankenloch.
7. Klein Wilhelm, Obstbaumwart und Gemeindevater in Egenstein.
8. Wenz Karl Friedrich, Bürgermeister in Weilschneureut.
9. Knobloch Wilhelm, Rangierer in Knielingen.
10. Greiner Emil, Maser u. Gemeindevater in Weilschneureut.
11. Haager Emil Ludwig, Landwirt in Viehboisheim.
12. Maas Leop., Oberlehrer in Spöck.
13. Rühl Heinrich, Normaltunsoberinspektor in Bruchsal.
14. Kammerer August, Oberlehrer in Bruchsal.
15. Scherfke Gustav, Hauptlehrer in Karlsruhe.

**Seite 16.**

1. Rappes Heinz, Jugendpfarrer in Karlsruhe.
2. Kommel Wihl., Schmied, Kirchenältester und Gemeindevater in Gaggenau.
3. Schmedebacher Karl, Arbeitsmittler und Stadtrat in Baden-Baden.
4. Rappeler Wilhelm, Ladiermeister u. Gemeindevater in Ettlingen.
5. Heine Otto, Fabrikarbeiter in Gernsbach.
6. Eichen Christian, Krankenträger in Rastatt.
7. Friedmann Stefan, Schuhmachermeister und Gemeindevater in Obermeier bei Bühl.
8. Raupp Julius, Webeschneidemeister und Stadtrat in Baden-Dos.
9. Rühl Gustav, Maschinenarbeiter in Gaggenau.
10. Sommer Margarete, Fürsorgepflegerin in Baden-Baden.
11. Hessel Franz, Lagerhalter in Rastatt.
12. Stoll Andreas, Maschinenarbeiter in Gaggenau.
13. Dietrich Dr. Heinrich, Realschuldirektor in Mannheim.
14. Voem Hanns, Pfarrer in Karlsruhe.

**Seite 17.**

1. Rappes Heinz, Jugendpfarrer in Karlsruhe.
2. Säger Karl, Bürgermeister in Leigsdorf.

**Sport-Anzüge**

in hübschen Farben

von 19.50 an

**Knickerbocker**

5.00

sowie sämtliche Herrenbekleidungs

R. BILLIG

Kaiserstr. 67

Zwei gleiche mod. Betten mit Matratze 50.00, Bettdecken, Gardinen, Tisch, 2 Stühle, 1 Hocker, 1 Handtuchhalter.

185.-

**Möbel-Krämer**

Kaiserstraße 30 u. 24

**Günstige Geldanlage**

1 eig. mod. Badstube, 2 Bäder, mit Spiegel, Badwanne, 2 Bänke, Bettstellen 190.00, auch Einzahlung, 1 kleiner elegant. Kleiderkasten 75.00, 1 kompl. eig. Schlafz. mit 2 Betten, 180 cm Schrank abg. (Eben 370.00, 1 eig. Holz, prima Schreinerarbeit, 200.00, 3487, 1 m. l. 79, 1 m. l. 80, 1 m. l. 81, 1 m. l. 82, 1 m. l. 83, 1 m. l. 84, 1 m. l. 85, 1 m. l. 86, 1 m. l. 87, 1 m. l. 88, 1 m. l. 89, 1 m. l. 90, 1 m. l. 91, 1 m. l. 92, 1 m. l. 93, 1 m. l. 94, 1 m. l. 95, 1 m. l. 96, 1 m. l. 97, 1 m. l. 98, 1 m. l. 99, 1 m. l. 100, 1 m. l. 101, 1 m. l. 102, 1 m. l. 103, 1 m. l. 104, 1 m. l. 105, 1 m. l. 106, 1 m. l. 107, 1 m. l. 108, 1 m. l. 109, 1 m. l. 110, 1 m. l. 111, 1 m. l. 112, 1 m. l. 113, 1 m. l. 114, 1 m. l. 115, 1 m. l. 116, 1 m. l. 117, 1 m. l. 118, 1 m. l. 119, 1 m. l. 120, 1 m. l. 121, 1 m. l. 122, 1 m. l. 123, 1 m. l. 124, 1 m. l. 125, 1 m. l. 126, 1 m. l. 127, 1 m. l. 128, 1 m. l. 129, 1 m. l. 130, 1 m. l. 131, 1 m. l. 132, 1 m. l. 133, 1 m. l. 134, 1 m. l. 135, 1 m. l. 136, 1 m. l. 137, 1 m. l. 138, 1 m. l. 139, 1 m. l. 140, 1 m. l. 141, 1 m. l. 142, 1 m. l. 143, 1 m. l. 144, 1 m. l. 145, 1 m. l. 146, 1 m. l. 147, 1 m. l. 148, 1 m. l. 149, 1 m. l. 150, 1 m. l. 151, 1 m. l. 152, 1 m. l. 153, 1 m. l. 154, 1 m. l. 155, 1 m. l. 156, 1 m. l. 157, 1 m. l. 158, 1 m. l. 159, 1 m. l. 160, 1 m. l. 161, 1 m. l. 162, 1 m. l. 163, 1 m. l. 164, 1 m. l. 165, 1 m. l. 166, 1 m. l. 167, 1 m. l. 168, 1 m. l. 169, 1 m. l. 170, 1 m. l. 171, 1 m. l. 172, 1 m. l. 173, 1 m. l. 174, 1 m. l. 175, 1 m. l. 176, 1 m. l. 177, 1 m. l. 178, 1 m. l. 179, 1 m. l. 180, 1 m. l. 181, 1 m. l. 182, 1 m. l. 183, 1 m. l. 184, 1 m. l. 185, 1 m. l. 186, 1 m. l. 187, 1 m. l. 188, 1 m. l. 189, 1 m. l. 190, 1 m. l. 191, 1 m. l. 192, 1 m. l. 193, 1 m. l. 194, 1 m. l. 195, 1 m. l. 196, 1 m. l. 197, 1 m. l. 198, 1 m. l. 199, 1 m. l. 200, 1 m. l. 201, 1 m. l. 202, 1 m. l. 203, 1 m. l. 204, 1 m. l. 205, 1 m. l. 206, 1 m. l. 207, 1 m. l. 208, 1 m. l. 209, 1 m. l. 210, 1 m. l. 211, 1 m. l. 212, 1 m. l. 213, 1 m. l. 214, 1 m. l. 215, 1 m. l. 216, 1 m. l. 217, 1 m. l. 218, 1 m. l. 219, 1 m. l. 220, 1 m. l. 221, 1 m. l. 222, 1 m. l. 223, 1 m. l. 224, 1 m. l. 225, 1 m. l. 226, 1 m. l. 227, 1 m. l. 228, 1 m. l. 229, 1 m. l. 230, 1 m. l. 231, 1 m. l. 232, 1 m. l. 233, 1 m. l. 234, 1 m. l. 235, 1 m. l. 236, 1 m. l. 237, 1 m. l. 238, 1 m. l. 239, 1 m. l. 240, 1 m. l. 241, 1 m. l. 242, 1 m. l. 243, 1 m. l. 244, 1 m. l. 245, 1 m. l. 246, 1 m. l. 247, 1 m. l. 248, 1 m. l. 249, 1 m. l. 250, 1 m. l. 251, 1 m. l. 252, 1 m. l. 253, 1 m. l. 254, 1 m. l. 255, 1 m. l. 256, 1 m. l. 257, 1 m. l. 258, 1 m. l. 259, 1 m. l. 260, 1 m. l. 261, 1 m. l. 262, 1 m. l. 263, 1 m. l. 264, 1 m. l. 265, 1 m. l. 266, 1 m. l. 267, 1 m. l. 268, 1 m. l. 269, 1 m. l. 270, 1 m. l. 271, 1 m. l. 272, 1 m. l. 273, 1 m. l. 274, 1 m. l. 275, 1 m. l. 276, 1 m. l. 277, 1 m. l. 278, 1 m. l. 279, 1 m. l. 280, 1 m. l. 281, 1 m. l. 282, 1 m. l. 283, 1 m. l. 284, 1 m. l. 285, 1 m. l. 286, 1 m. l. 287, 1 m. l. 288, 1 m. l. 289, 1 m. l. 290, 1 m. l. 291, 1 m. l. 292, 1 m. l. 293, 1 m. l. 294, 1 m. l. 295, 1 m. l. 296, 1 m. l. 297, 1 m. l. 298, 1 m. l. 299, 1 m. l. 300, 1 m. l. 301, 1 m. l. 302, 1 m. l. 303, 1 m. l. 304, 1 m. l. 305, 1 m. l. 306, 1 m. l. 307, 1 m. l. 308, 1 m. l. 309, 1 m. l. 310, 1 m. l. 311, 1 m. l. 312, 1 m. l. 313, 1 m. l. 314, 1 m. l. 315, 1 m. l. 316, 1 m. l. 317, 1 m. l. 318, 1 m. l. 319, 1 m. l. 320, 1 m. l. 321, 1 m. l. 322, 1 m. l. 323, 1 m. l. 324, 1 m. l. 325, 1 m. l. 326, 1 m. l. 327, 1 m. l. 328, 1 m. l. 329, 1 m. l. 330, 1 m. l. 331, 1 m. l. 332, 1 m. l. 333, 1 m. l. 334, 1 m. l. 335, 1 m. l. 336, 1 m. l. 337, 1 m. l. 338, 1 m. l. 339, 1 m. l. 340, 1 m. l. 341, 1 m. l. 342, 1 m. l. 343, 1 m. l. 344, 1 m. l. 345, 1 m. l. 346, 1 m. l. 347, 1 m. l. 348, 1 m. l. 349, 1 m. l. 350, 1 m. l. 351, 1 m. l. 352, 1 m. l. 353, 1 m. l. 354, 1 m. l. 355, 1 m. l. 356, 1 m. l. 357, 1 m. l. 358, 1 m. l. 359, 1 m. l. 360, 1 m. l. 361, 1 m. l. 362, 1 m. l. 363, 1 m. l. 364, 1 m. l. 365, 1 m. l. 366, 1 m. l. 367, 1 m. l. 368, 1 m. l. 369, 1 m. l. 370, 1 m. l. 371, 1 m. l. 372, 1 m. l. 373, 1 m. l. 374, 1 m. l. 375, 1 m. l. 376, 1 m. l. 377, 1 m. l. 378, 1 m. l. 379, 1 m. l. 380, 1 m. l. 381, 1 m. l. 382, 1 m. l. 383, 1 m. l. 384, 1 m. l. 385, 1 m. l. 386, 1 m. l. 387, 1 m. l. 388, 1 m. l. 389, 1 m. l. 390, 1 m. l. 391, 1 m. l. 392, 1 m. l. 393, 1 m. l. 394, 1 m. l. 395, 1 m. l. 396, 1 m. l. 397, 1 m. l. 398, 1 m. l. 399, 1 m. l. 400, 1 m. l. 401, 1 m. l. 402, 1 m. l. 403, 1 m. l. 404, 1 m. l. 405, 1 m. l. 406, 1 m. l. 407, 1 m. l. 408, 1 m. l. 409, 1 m. l. 410, 1 m. l. 411, 1 m. l. 412, 1 m. l. 413, 1 m. l. 414, 1 m. l. 415, 1 m. l. 416, 1 m. l. 417, 1 m. l. 418, 1 m. l. 419, 1 m. l. 420, 1 m. l. 421, 1 m. l. 422, 1 m. l. 423, 1 m. l. 424, 1 m. l. 425, 1 m. l. 426, 1 m. l. 427, 1 m. l. 428, 1 m. l. 429, 1 m. l. 430, 1 m. l. 431, 1 m. l. 432, 1 m. l. 433, 1 m. l. 434, 1 m. l. 435, 1 m. l. 436, 1 m. l. 437, 1 m. l. 438, 1 m. l. 439, 1 m. l. 440, 1 m. l. 441, 1 m. l. 442, 1 m. l. 443, 1 m. l. 444, 1 m. l. 445, 1 m. l. 446, 1 m. l. 447, 1 m. l. 448, 1 m. l. 449, 1 m. l. 450, 1 m. l. 451, 1 m. l. 452, 1 m. l. 453, 1 m. l. 454, 1 m. l. 455, 1 m. l. 456, 1 m. l. 457, 1 m. l. 458, 1 m. l. 459, 1 m. l. 460, 1 m. l. 461, 1 m. l. 462, 1 m. l. 463, 1 m. l. 464, 1 m. l. 465, 1 m. l. 466, 1 m. l. 467, 1 m. l. 468, 1 m. l. 469, 1 m. l. 470, 1 m. l. 471, 1 m. l. 472, 1 m. l. 473, 1 m. l. 474, 1 m. l. 475, 1 m. l. 476, 1 m. l. 477, 1 m. l. 478, 1 m. l. 479, 1 m. l. 480, 1 m. l. 481, 1 m. l. 482, 1 m. l. 483, 1 m. l. 484, 1 m. l. 485, 1 m. l. 486, 1 m. l. 487, 1 m. l. 488, 1 m. l. 489, 1 m. l. 490, 1 m. l. 491, 1 m. l. 492, 1 m. l. 493, 1 m. l. 494, 1 m. l. 495, 1 m. l. 496, 1 m. l. 497, 1 m. l. 498, 1 m. l. 499, 1 m. l. 500, 1 m. l. 501, 1 m. l. 502, 1 m. l. 503, 1 m. l. 504, 1 m. l. 505, 1 m. l. 506, 1 m. l. 507, 1 m. l. 508, 1 m. l. 509, 1 m. l. 510, 1 m. l. 511, 1 m. l. 512, 1 m. l. 513, 1 m. l. 514, 1 m. l. 515, 1 m. l. 516, 1 m. l. 517, 1 m. l. 518, 1 m. l. 519, 1 m. l. 520, 1 m. l. 521, 1 m. l. 522, 1 m. l. 523, 1 m. l. 524, 1 m. l. 525, 1 m. l. 526, 1 m. l. 527, 1 m. l. 528, 1 m. l. 529, 1 m. l. 530, 1 m. l. 531, 1 m. l. 532, 1 m. l. 533, 1 m. l. 534, 1 m. l. 535, 1 m. l. 536, 1 m. l. 537, 1 m. l. 538, 1 m. l. 539, 1 m. l. 540, 1 m. l. 541, 1 m. l. 542, 1 m. l. 543, 1 m. l. 544, 1 m. l. 545, 1 m. l. 546, 1 m. l. 547, 1 m. l. 548, 1 m. l. 549, 1